



Nr. 58 – November 2003

### **Editorial**

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

aus der Flut von Nachrichten, die mich täglich aus dem Pazifik erreichen, eine informative, spannende und unterhaltsame Auswahl zu treffen, ist eine große Herausforderung. Oft sind Quellenangaben nur ungenau oder die Artikelinhalte in unterschiedlichen Medien widersprüchlich. Auf Zahlen und Daten kann ich mich nur selten verlassen. Umfassende Recherchen vor Ort im Pazifik (durch Telefonate, Faxe oder E-mail) sind zeit- und kostenaufwändig. So lassen sich inhaltliche und/oder sachliche Fehler nicht immer vermeiden. Mein Ziel ist es, die Anzahl der Falschangaben auch im neuen Jahr so niedrig wie möglich zu halten.

Ihnen allen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr!

Julia Ratzmann, Redakteurin

## **PAPUA-NEUGUINEA**

### **Korruptes PNG**

„Transparency International“ (TI), eine internationale Nichtregierungsorganisation zur Bekämpfung der Korruption, hat Anfang Oktober ihren aktuellen Korrupti-

onsindex veröffentlicht. Auf dem Index sind 133 Länder nach dem Ausmaß der Korruption in Politik und Gesellschaft aufgelistet. Nach Angaben der Organisation brauchen neun von zehn Entwicklungsländern dringend Hilfe bei der Bekämpfung der Bestechung. Papua-Neuguinea landete auf Platz 121 (von 133) der Liste. Von hinten gerechnet nimmt PNG damit die 13. Position der korruptesten Länder ein. Papua-Neuguinea hat eine ähnlich hohe Korruptionsrate wie Lybien, Kenia und Angola, jedoch eine bessere Rate als beispielsweise Bangladesch (Platz 133), Nigeria (132), Haiti (131) und Paraguay (130). Annie McPherson, die Sprecherin der Regionalgruppe von TI in Port Moresby, sagte, im Land gebe es Korruption nicht nur unter Politikern, sondern auch unter Geschäftsleuten.

Premierminister Sir Michael Somare reagierte empört auf die Berichterstattung in den einheimischen Medien nach Bekanntgabe des Korruptionsindex. Mit ihren sensationslüsternen Berichten hätten die Journalisten dem Ruf des Landes geschadet. Sie hätten sich nicht als Bürger ihres Landes erwiesen. Im gleichen Atemzug sagte der verärgerte Premier, er sei eigentlich gegen die Einschränkung der Pressefreiheit, aber darüber müsse nun nachgedacht werden. Journalisten könnten großen Imageschaden anrichten, so Somare.

Länder mit niedriger Korruption sind beispielsweise Finnland (Platz 1), Island (Platz 2), Däne-

mark (3) und Neuseeland (4). Deutschland steht an Platz 16 und konnte sich damit um vier Plätze gegenüber dem Jahr 2001 verbessern. (PC 05.11., 12.11., PIR 05.11.03, <http://www.transparency.org>)

### **5.000 von Flutkatastrophe betroffen**

5.000 Menschen in Teilen der Morobe Provinz sind von monatelangen starken Regenfällen in der Region betroffen. Das gab der Befehlshaber der Provinzpolizei, Giossi Labi, nach einer Inspektionsreise durch die betroffenen Dörfer bekannt. Allein in der Gegend um Bukawa seien die Gärten von 2.600 Menschen zerstört worden. Die Gärten, in denen die Menschen Nahrungsmittel für den täglichen Gebrauch in Subsistenzwirtschaft anbauen, sind durch das Regenwasser weggerissen und somit die Ernte zerstört worden. Es fehle an Grundnahrungsmitteln, aber auch an sauberem Trinkwasser, erklärte Labi. Zwei Kinder starben in den Fluten.

Die Heilsarmee von Papua-Neuguinea hat bereits die Katastrophenhilfe für die Region aufgenommen. Der Öffentlichkeitsreferent der Heilsarmee, Kapitän Robert Haro, erklärte, man wolle verschiedene Wohltätigkeitsveranstaltungen organisieren, um Spendengelder für den neu eingerichteten „Lae Community Services Account“ zu sammeln. Mit den Geldern werde man Lebensmittel für die hungrige Bevölkerung in der Provinz kaufen. (Post Courier 07.11.03)

## **Neuer Vizepremier**

Vizepremierminister Dr. Allan Marat und Arbeitsminister Peter Yama sind am 12. November von Premierminister Sir Michael Somare ihrer Ämter enthoben worden. Zum neuen Vizepremierminister wurde Andrew Baing ernannt, der Abgeordnete des Parlaments für das Markham Tal und amtierender Fischereiminister. Allan Marat war bereits Anfang Oktober als Parteivorsitzender der „People's Progress Party“ (PPP) entlassen worden, zum neuen Vorsitzenden war Andrew Baing gewählt worden. Neben seinem Amt als Vizepremier bleibt Baing auch Fischereiminister.

Premier Somare warf Peter Yama Untreue gegenüber der Regierung vor, er sei nicht den Regierungsrichtlinien gefolgt. Yama wollte Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen von ausländischen Arbeitnehmern der Ok Tedi-Mine „einfrieren“ lassen, um mehr einheimische Arbeiter in der Mine beschäftigen zu können. Außerdem hatte er gedroht, dem australischen Geschäftsführer der einheimischen Fluglinie Air Niugini die Arbeitserlaubnis („work permit“) zu entziehen.

Die Entlassung der beiden Minister bezeichnete Sir Somare als „unwichtige Angelegenheit“, wichtige Änderungen in seinem Kabinett stünden noch bevor.

Weitere Änderungen: Neuer Handels- und Industrieminister ist Paul Tiensten. Nachfolger von Yama als Arbeitsminister wurde Tom Tomiape, der Parteichef der „Peoples' Action Party“. (*Flash d'Océanie* 12.11., 13.11., *PIR* 12.11.03, *National* 13.11.03)

## **Vanille erzielt Gewinne**

Der Gewürzausschuss von Papua-Neuguinea (PNG Spice Board) hat für die ersten sechs Monate in 2003 einen Rekord-

gewinn in Höhe von 35,4 Millionen Kina (ca. 9,2 Mio. €) Staatseinnahmen durch den Export von Vanille verzeichnet. Damit liegen die Einkünfte um 54 % höher als die Einkünfte im vergleichbaren Zeitraum im Jahr 2002 (23 Millionen Kina). Die Steigerungsrate erklärt sich nicht durch die Exportrate - diese sank sogar in den ersten sechs Monaten des Jahres auf 57,4 Tonnen Vanille (von 70 Tonnen in 2002) - sondern durch die hohen Preise für Vanille auf dem Weltmarkt. Ein Kilogramm Vanille kostet auf dem Weltmarkt inzwischen 156,13 US Dollar, in 2002 kostete das Kilo noch 145,45 US Dollar. Von 1998 (19,26 US Dollar) bis dato stieg der Vanillepreis auf dem Weltmarkt um 810 %. Diese exorbitante Steigerung lässt sich auf die Zerstörung der großen Vanilleplantagen auf der Insel Madagaskar durch einen Wirbelsturm im Frühjahr 2000 zurückführen. Bis dahin kamen 70 % der Vanille aus Madagaskar. (*National* 15.10.03, <http://www.csmonitor.com/2003/0811/p13s02-wmcn.html>)

## **Lizenz zur Abrodung erteilt**

Forstminister Patrick Pruaitch hat der Firma „GL Niugini Limited“ die Lizenz zum Holzeinschlag in East Awin (Western Province) erteilt. Die Abrodungsfirma ist eine Tochter der malaysischen Firma „General Lumber“. Sie erhielt die Erlaubnis zur Abrodung von 200.000 Hektar des tropischen Regenwalds. Auf die Bekanntgabe der Lizenzerteilung hin kam es zu tumultartigen Szenen. Roy Biyama, der Parlamentarier für die Provinz Middle Fly und zugleich der Minister für Wissenschaft, Bildung und Technologie, verweigerte Forstminister Pruaitch den Trinkspruch vor den eigens zur Lizenzvergabe angereisten Gästen. Biyama verließ das Fest sofort nach Übergabe eines Briefes von Dr. Bob Danaya, dem Provinzgouverneur der

Western Province. Danaya fordert darin Einsicht in alle Akten, die mit der Holzeinschlagslizenz verbunden sind, um die Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Die Rechte der traditionellen Landeigner in der betroffenen Region müssten berücksichtigt werden. Von der Abrodung müssten die Menschen und die Provinz profitieren, so der Gouverneur. Danaya hatte sich mit Landeignern zusammengeschlossen und vor Gericht gegen die Lizenzvergabe prozessiert, den Prozess jedoch jetzt verloren. Auflagen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds IWF hatten die Lizenz, die ursprünglich Anfang des Jahres vergeben werden sollte, bis jetzt verzögert.

Man dürfe die Menschen in der entlegenen Region East Awin nicht von der Entwicklung abhalten, erklärte der ehemalige Parlamentarier der Western Province, Kala Swokin. Die „*armen Menschen*“ (Zitat) dort hätten keinen Zugang zu Infrastruktur, Bildung und Gesundheit, die Regierung kümmere sich auch nicht darum. Die Abrodung durch die Firma Niugini Limited und die damit verbundenen Folgen (Bau von Infrastruktur, Aidpost etc.) seien zum Vorteil für die Bewohner der Region, erklärte Swokin.

Der Direktor von GL Niugini Limited, Mok Chow Kheng, sagte, sobald der 5-Jahres-Plan zur Abrodung bewilligt sei, würde der Holzeinschlag beginnen.

East Awin liegt mitten im Tieflandregenwald der Provinz. Die Entfernung zur nächsten Stadt Kiunga beträgt etwa 70 Kilometer. (*National* 19.11.03, *Radio Australia* 19.11.03)

## **AusAid finanziert Impfkation**

Die australische Entwicklungsorganisation AusAid finanziert mit knapp fünf Millionen Kina eine Masernschutzimpfung für 900.000 Kinder unter zehn

Jahren. Die Impfkaktion ist Bestandteil des Anfang November gestarteten Projektes „Supplementary Immunisation Action“ (SIA) zur Verbesserung der Gesundheitssituation in Papua-Neuguinea. Das Impfprogramm sieht Impfungen gegen Kinderlähmung (Polio) und Masern vor, zusätzlich soll Vitamin A gespritzt werden.

Die Impfrate gegen Masern betrage bisher nur 50 %, erklärte ein AusAid-Sprecher, sie müsste auf 95 % gesteigert werden. Allein in den letzten beiden Jahren seien bei Masernepidemien 30.000 Menschen erkrankt, Hunderte von Kindern unter zehn Jahren seien gestorben. (PC 04.11.03, PIR 21.10.03)

### **Brutaler Mord in Tete Siedlung**

Ian Liriope, ein ehemaliger Angestellter der „National Broadcasting Commission“, ist von einer Gruppe junger Männer brutal zusammengeschossen und getötet worden. Liriope hatte versucht, seine Ehefrau und die beiden neun und 13 Jahre alten Töchter des Paares vor einer Vergewaltigung zu bewahren. Die bewaffneten Männer hatten den Familienvater beschossen und ihm den Kopf abgehackt, bevor sie den leblosen Körper ins Ehebett der 5-Zimmer-Wohnung legten und das Haus anzündeten. Frau Liriope und ihre minderjährigen Töchter wurden anschließend schwer misshandelt und gruppenvergewaltigt. Sie werden im Krankenhaus behandelt.

Die Angreifer flohen, als ein Motorradfahrer sich näherte, der durch den Qualm auf das brennende Haus aufmerksam geworden war.

Der brutale Überfall ereignete sich in der Tete-Siedlung von Port Moresby, einer illegalen Siedlung am Rande der Stadt. Die Familie Liriope war aus Io-

kea (Golfprovinz) nach Tete gezogen. Frau Liriope sagte bei der polizeilichen Vernehmung, sie kenne die Täter persönlich, alle kämen aus Goilala in der Zentralprovinz. Einer der Angreifer habe jahrelang „wie ein Sohn“ bei ihnen gelebt. Die genaue Täterbeschreibung führte die Polizei zu den Männern, zwölf konnten bereits in den Dörfern 15-Mile, 14-Mile und Six-Mile verhaftet werden. Die 18 bis 23 Jahre alten Männer aus Goilala sind des Mordes und der Vergewaltigung angeklagt.

Polizeipräsident Sam Inguba äußerte sich entsetzt über den brutalen Übergriff. Er forderte die sofortige Räumung der illegalen Tete-Siedlung. Solche slumartigen Siedlungen förderten die Kriminalität junger arbeitsloser Männer, die ohne Geld und Arbeit nicht wüssten, was sie tun sollten. Arbeitslose sollten in ihre Dörfer zurückgeschickt werden, forderte Inguba eindringlich. Der Befehlshaber der Polizei des National Capital District, Emanuel Hela, sagte, er wolle die Stadtverwaltung von Port Moresby eindringlich bitten, Tete zwangszuräumen.

Bereits im Sommer des Jahres hatten sich in der Siedlung brutale Übergriffe und Kämpfe zwischen Mitgliedern verschiedener ethnischer Gruppen ereignet. Dabei waren ebenfalls Menschen zu Tode gekommen. (National 07.11., 10.11., 19.11.03)

### **Proteste der Landeigner**

Bei Protesten von Landeignern in Lae wurde ein Mann durch einen Kopfschuss schwer verletzt und eine junge Frau mehrfach vergewaltigt (engl.: pack rape). Die Landeigner protestierten gegen die Besetzung ihres Landes durch illegale Siedler in den Vororten One, Two, Three und Four-Mile von Lae. Die zunächst friedliche Demonstration von Landeignern und Geschäftsleuten führte zu Tumulten. Geschäfte

wurden zerstört und geplündert, der Angestellte von Air Niugini wurde bei einer Schießerei in den Kopf getroffen. Vor allem Geschäfte von ‚Expatriates‘ (in Papua-Neuguinea lebende Ausländer) wurden geplündert. Der Versuch der Industrie- und Handelskammer (IHK) von Lae, die Geschäfte am Markt vor Plünderern zu schützen, scheiterte. IHK-Präsident Alan McLay sagte, er verstünde die Proteste von Geschäftsleuten und Landeignern gegen die illegalen Siedler, die oftmals auf kriminellen Wegen an Waren aus den Geschäften kämen. Priorität hätte zunächst die Wiederherstellung von Recht und Ordnung in Lae, dann könne man sich um das Problem der Siedler kümmern. Arbeitslose Siedler müssten die Stadt verlassen, sie würden durch das „Herumhängen“ auf den Straßen sowie durch übermäßigen Alkohol- und Drogenkonsum für Probleme sorgen. Das betreffe jedoch nicht alle Siedler, viele führten ein rechtsschaffenes Leben und gingen einer geregelten Arbeit nach, erklärte McLay.

Aus Sicherheitsgründen wurde der Markt von Lae, eine der größten Touristenattraktionen der Stadt, vorerst für den Publikumsverkehr geschlossen. (Post Courier, National 20.11.03)

### **Zwei Tote bei Stammeskämpfen**

Bei einer kämpferischen Auseinandersetzung zwischen Angehörigen der Stämme Jika Mukuga und Kentika in der Provinz Western Highlands sind zwei Männer ums Leben gekommen. Der Kampf war ausgebrochen, als der Vater eines Mädchens aus der Keltiga Grundschule dem Lehrer vorwarf, eine unerlaubte Beziehung zu dem minderjährigen Kind zu unterhalten. Der Vater attackierte den Lehrer, der Stammesangehörige um Hilfe bat. Bei dem anschließenden Kampf wurden Häuser im

Dorf angezündet, Gärten zerstört, Vieh geschlachtet und Menschen vertrieben. John Koppil, ein Mitglied des Jika Stammes, wurde bei dem Versuch, zwischen den Gruppen Frieden zu stiften, von Angehörigen der Kentika zu Tode gehackt. Das zweite Opfer starb durch einen gegen ihn geschleuderten Stein. Die Provinzregierung hat Polizisten in die Region Mount Hagen geschickt, um die Situation unter Kontrolle zu bekommen. (National 21.11.03)

### **„Miss PNG“ bricht Spendenrekord**

Die Suche nach der „Miss PNG“ hat dem Roten Kreuz von Papua-Neuguinea Spendeneinnahmen in Höhe von 458.711,75 Kina (ca. 122.600 €) eingebracht. Damit wurde ein neuer Spendenrekord in der 30-jährigen Geschichte der Hilfsorganisation aufgestellt. Die jährliche Misswahl ist die größte Einnahmequelle für das Rote Kreuz in PNG. Die Einnahmen der Misswahl tragen zu 30 % bis 50 % zum Jahresbudget bei.

Die neun Frauen, die sich um den Titel der „Miss PNG“ beworben hatten, wurden für ihren Einsatz erstmals im noblen „Grand Palace Restaurant“ in Gordons (Port Moresby) geehrt. Den Sieg trug die 22-jährige Cynthia Vaka Asi davon. Die Angestellte der Firma „Mineral Resources Development“ aus Rigo in der Zentralprovinz gewann ebenfalls den Titel „Miss Charity Queen“, da sie 158.000 Kina Spenden zusammentrommelte.

An den Wahlen hatten sich mehr als 3.000 Menschen landesweit beteiligt. Die Schirmherrin der Misswahl, Rosemary Robertson, brach nach Bekanntgabe des Spendenrekords in Tränen aus und verweigerte ihre Glückwünschrede. (PC 10.11.03, Wantok 13.-19.11.03)

### **Jubiläums- Banknote**

Anlässlich ihres 30-jährigen Jubiläums am 1. November 2003 hat die Bank of PNG eine aktualisierte Banknote im Wert von 20 Kina (ca. 5 €) herausgebracht. Die 20 Kina-Note wird nicht mehr aus Papier, sondern aus Polymer (Kunststoff) hergestellt und ist damit nahezu fälschungssicher. Das äußere Erscheinungsbild (Paradiesvogel, Trommel, Maske, Wildschwein, Ornamentik) der Banknote ist gleich. Die fälschungssicheren Elemente werden erst sichtbar, wenn man die Banknote gegen das Licht hält bzw. sie in einem bestimmten Winkel dreht. Dann sieht man das Logo der Bank of PNG, der goldfarbene Aufdruck zum 30-jährigen Jubiläum ändert die Farbe und die Nummer „20“ erscheint als Wasserzeichen. (Pressemittteilung Wilson Kamit, Direktor der Bank of PNG, Wantok 06.11.03)

### **Wachstum erwartet**

Premierminister Sir Michael Somare rechnet im neuen Jahr mit einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 2,8 % beim Bruttoinlandsprodukt. In einer Parlamentssitzung vor der Abstimmung über den Haushalt 2004 führte Somare als Gründe für das Wachstum die Verbesserungen im Privaten Sektor an. Es gäbe mehr Beschäftigungsmöglichkeiten, außerdem seien die Umsatzerlöse stark gestiegen. Auch der Rohstoffmarkt (Kaffee, Kobra und Tee) sei im Aufschwung. Die Haushaltslage sei wegen hoher Auslandsschulden zwar noch sehr angespannt, aber die derzeitige Stabilität und Stärke des Kina stärke das Vertrauen ausländischer Investoren. Somare erwartet im neuen Jahr eine niedrigere Inflation (zur Zeit 21 %) und vermehrte Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt. (Radio Australia, Post Courier 25.11.03)

### **Haushalt 2004 verabschiedet**

Schatzmeister Bart Philemon hat dem Parlament von Papua-Neuguinea den Haushalt für das Jahr 2004 in Höhe von 4,4 Milliarden Kina (ca. 1,14 Milliarden €) vorgelegt. Mehr als eine Milliarde Kina des Etats (1.275.482.100 K) werden durch ausländische Beihilfen und externe Darlehen gesichert. Dieses sogenannte „Entwicklungsbudget“ (Development Budget) dient hauptsächlich dem Ausbau der Infrastruktur (z.B. Highlands Highway, weitere Straßenprojekte) und der Stadtplanung. Die Entwicklungshilfegelder kommen von der australischen Entwicklungshilfeorganisation AusAid (697,4 Millionen Kina), von der Europäischen Union (58,5 Millionen Kina), aus Japan (66,1 Millionen Kina) und aus Neuseeland (20,5 Millionen Kina).

172 Millionen Kina muss die Regierung als Warenkredit aus dem Ausland aufnehmen, um den Haushalt 2004 finanzieren zu können. Aus dem Etat muss auch ein Teil der Schulden der Regierung bezahlt werden. Von den insgesamt 621,7 Millionen Kina Schulden bei den Regierungen von Australien und Japan, der Asian Development Bank und der Weltbank sollen im nächsten Jahr 268 Millionen Kina beglichen werden.

Einige Neuerungen:

- Kein Anstieg der Einkommenssteuer.
- Der Einfuhrzoll (= Steuer auf importierte Güter) wird um 2 % verteuert (Ausnahme: Importe im Bergbau und Petroleum-Sektor, Kirche, Bildungseinrichtungen, Wohlfahrt, Arzneien). Erwartete Einnahmen: 55 Millionen Kina
- Die Verbrauchssteuer auf Alkohol und Zigaretten wird bis zum 1. Dezember 2004 eingefro-

ren, danach beträgt sie 2,5 %.

- Die Maßnahmen zur Entwicklung des Agrarsektors: 150 % Abschreibung für Ausgaben im Bereich der Forschung und Entwicklung, Steuersatz für neue Agrarprojekte beträgt nur 20 %, keine Verbrauchssteuer auf landwirtschaftliche Großmaschinen (Trecker etc.) sowie 5 % Steuerermäßigung auf die Exportsteuer für nicht bearbeitetes Holz.
- Ermäßigung der Steuer auf Gewinne aus Spielautomaten und Casinos von 175 % auf nur 50 % in 2004.

Bart Philemon kommentierte die Änderungen im Haushaltsplan mit den Worten: „*Papua-Neuguinea hat die Kurve gekriegt. Die wirtschaftliche Flaute hat bald ein Ende.*“ Gleichzeitig warnte Philemon vor der „Schuldenfalle“. PNG habe durch Anleihen im Ausland einen hohen Schuldenberg abzutragen. Dies sei oberste Priorität der Regierung. Ein Schuldenerlass, wie er in einigen afrikanischen Ländern praktiziert wurde, sei für PNG nicht zu erwarten. Man müsse sich schon selber aus der Schuldenfalle befreien, forderte der Schatzmeister.

Als besonderes „Bonbon“ (über das es noch abzustimmen gilt) kündigte Philemon für das neue Jahr allen Parlamentariern ein Zusatzgehalt in Höhe von 100.000 Kina an. Damit würden alle Abgeordneten 600.000 Kina für Projekte in ihren Wahlkreisen erhalten. (*Post Courier 26.11.03, National 26.11.03*)

**(Anmerkung der Redaktion: Die Zahlenangaben zum Haushalt 2004 in den Zeitungen widersprechen sich!)**

## BOUGAINVILLE

### † Sir Paul Lapun

Einer der „Gründerväter“ des unabhängigen Papua-Neuguinea, Sir Paul Lapun, starb Ende Oktober in Mabas im Distrikt Bana auf Süd-Bougainville. Von 1964 bis zur Unabhängigkeit 1975 saß Lapun für die Insel Bougainville im Unterhaus, nach der Unabhängigkeit von 1975 bis 1977 im Nationalparlament. Sir Paul war 1967 einer der Gründer der „Pangu Pati“ und ab 1972 unter dem ersten Premierminister Sir Michael Somare Minister für Bergbau und Energie. In dieser Funktion setzte sich Lapun stark für die Rechte der traditionellen Landeigner im Gebiet der Pangu-Mine auf Bougainville ein.

Für seine politischen Verdienste war Paul Lapun als erster Neuguineer 1974 von der britischen Königin geadelt worden. (*Radio Australia, National 28.10.03, Wantok 06.11.03*)

### **Ex-Kombattanten entscheiden über Waffen**

Die Ex-Kombattanten auf Bougainville wollen sich Ende November auf der Insel Nissan treffen, um zu entscheiden, was mit den abgegebenen Waffen geschehen soll. Teil des Friedensplanes für Bougainville war es, die Waffen der Kämpfer in einem Drei-Phasen-Prozess abzugeben. Die erste Phase sah die freiwillige Abgabe der Waffen vor, die zweite die Lagerung in geschlossenen, von einem Friedenteam der Vereinten Nationen bewachten, Containern und die dritte Phase die gemeinsame Entscheidung, was mit den gelagerten Waffen geschehen soll. Der australische Politologe Ted Wolfers, der zur Zeit als Berater für die Regierung von Papua-Neuguinea arbeitet, erklärte, die Regierung hoffe darauf, dass die Kämpfer die Entscheidung zur vollständigen Zerstörung der Waffen trafen. Das Problem mit

den Waffen müsse gelöst werden, bevor man weiter über eine autonome Regierung für Bougainville verhandeln könne, erläuterte Wolfers. (*Radio New Zealand, PIR 26.11.03*)

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

### AUS PAPUA-NEUGUINEA

#### AUS DER ELC-PNG

#### **Dialog mit Erneuerungsbewegungen**

„I'm proud to be a Lutheran“ – ich bin stolz darauf, ein Lutheraner zu sein – so stand es auf zahlreichen T-Shirts und Laplaps zu lesen.

Die „Coming Together Conference“ hat nach Einschätzung der Veranstalter und vieler Teilnehmer die ELC-PNG verändert. Weit über 2.000 Menschen aus nahezu allen Distrikten waren vom 26. Oktober bis 1. November 2003 auf dem Gelände des Martin-Luther-Seminars in Lae zusammengekommen, um den Versöhnungsprozess zwischen Lutherischen Erneuerungsbewegungen und der ELC-PNG zu besiegeln. In 13 Kleingruppen wurden in den vorangegangenen sieben Monaten von Charismatikern und Traditionalisten gemeinsam Themen bearbeitet, die als Brennpunkte in dem seit zwei Jahren laufenden Dialog angesehen wurden. Die Bandbreite reichte von der „Bedeutung von Träumen und Visionen“ über „die Geister und der Heilige Geist“, „christliches Taufverständnis“, „die Sakramente“, „die Gaben des Heiligen Geistes“ bis hin zu „Lutherische Identität“ und „Kirchenstruktur“. Höhepunkt der Versöhnungsfeierlichkeiten war ein Festgottesdienst am Reformationstag. Mehr als 2.000

Menschen feierten nach über 15 Jahren der Trennung und des Streits zum ersten Mal wieder gemeinsam Abendmahl. Am Ende der Konferenz wurde eine gemeinsame Verlautbarung veröffentlicht, in der von beiden Seiten an den Grundpfeilern lutherischer Identität festgehalten wird: Am Bekenntnis zu der einen Taufe, den altkirchlichen Symbolen und den Grundsätzen lutherischer Theologie: Allein die Schrift, allein der Glaube, allein aus Gnade, allein durch Christus. (Aus einem Bericht von Pfarrer Martin Krieg, Lae)

### **Nationale Jugendkonferenz**

„Ich – mein Glaube – mein Leben“, so lautete das Motto der diesjährigen landesweiten Jugendkonferenz der ELC-PNG. Über 1.000 Jugendliche aus allen 16 Distrikten der Kirche hatten sich nach Port Moresby aufgemacht, um an dieser Elften Jugendkonferenz seit Bestehen der ELC-PNG teilzunehmen. Sie wird alle zwei Jahre jeweils in einem anderen Distrikt veranstaltet. Dieses Jahr wurde sie vom 27. September bis zum 4. Oktober vom Papua-Distrikt an der Laloki High School vorbereitet und durchgeführt.

Bei seiner Eröffnungsansprache ging Bischof Dr. Wesley Kigasung auf vier Hauptgedanken ein: 1. Du und dein Gott; 2. Du und dein Glaube; 3. Du und deine Kirche; 4. Du und dein Land. Zentrales Thema während der gesamten Konferenz waren die dramatischen Veränderungen und die damit verbundenen Herausforderungen, denen sich das Land, die Kirche und die Menschen gegenübersehen. „Ihr sollt das Licht der Jugend zeigen, damit es allen anderen Kirchenmitgliedern leuchten möge. Und ihr müsst hart daran arbeiten, jegliche Art von Korruption aus eurer Mitte zu verbannen. Das Gute soll euch als Menschen Gottes leiten und euer Maßstab

sein“, rief Kigasung die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf. Beim Abschluss der Konferenz appellierte Polizeipräsident Sam Inguba an die Jugendlichen, sich für ihr Land einzusetzen und das ihre zur Entwicklung insbesondere der ländlichen Gebiete beizutragen. Das Leben in der Stadt sei zwar für viele sehr verlockend, aber die meisten Jugendlichen fänden keine Arbeit und würden deshalb oft sehr schnell in kriminelle Machenschaften verstrickt. Alkohol, Drogen, Prostitution und AIDS seien die Folgen, mit denen er jeden Tag zu kämpfen habe. „Ich möchte euch darin unterstützen, stark zu sein und mit euren Gemeinden vor Ort zusammen zu arbeiten und eure Dörfer voranzubringen. Nur so können wir unser Land voranbringen“, rief er den Jugendlichen zu. (Wantok 25.09., 02.10., 09.10.03)

### **Vom Kleinkind bis zum Erwachsenen**

Die Bildungsabteilung der ELC-PNG hat ihr Programmangebot erweitert. Inzwischen gibt es ausgearbeitetes Material zur Unterstützung von Familien, Kindergarten, Vorschule und Grundschule bis hin zu einem Alphabetisierungsprogramm für Erwachsene. Das Familienprogramm soll Eltern Hilfestellungen und Anregungen für die Erziehung ihrer Kinder geben, da Eltern die ersten und wichtigsten Lehrer ihrer Nachkommen sind. Durch das Alphabetisierungsprogramm soll gezielt auf Erwachsene zugegangen werden, die als Kinder nicht die Chance hatten, eine Schule zu besuchen, die aber nun gerne Lesen und Schreiben lernen möchten. In eigens eingerichteten Kursen werden Multiplikatoren für die verschiedenen Programme aus- und fortgebildet, um auf möglichst breiter Basis wirken zu können. (Wantok 20.11.03)

### **Neuer Distriktpräsident in Kainantu**

Nach dem Tod des bisherigen Distriktpräsidenten Zureo Mavino wurde Pfarrer Kabian Tesasi zu seinem Nachfolger gewählt. Von den vier Kandidaten erhielt der bisherige Pfarrer von Yonki die meisten Stimmen. Der Kainantu-Distrikt besteht aus insgesamt fünf Circuits. (Wantok 11.9.03)

### **Suppenküche für Straßenkinder**

Über 20 Straßenkinder stellten sich für eine freie Mahlzeit an, als am 22.10.2003 die erste Suppenküche für Straßenkinder in Lae eröffnet wurde. Getragen wird das Projekt vom „Lioness Club of Lae“ und der Evang.-Luth. Auferstehungskirche. Jeden Mittwoch wird seitdem eine Portion Reis mit Gemüse und Orangensaft an die Kinder und Jugendlichen verteilt. Pfarrer Chris Yalu stellt dafür sein Haus zur Verfügung, während eine Jugendgruppe der Gemeinde das Projekt tatkräftig unterstützt, das Essen zubereitet und andere Aufgaben übernimmt. Finanziert wird diese wichtige Arbeit durch den „Lioness Club“, der bei ansässigen Geschäftsleuten um Spenden bittet. (National 23.10.03)

### **Eigene Rentenkasse**

Als erste Kirche in Papua-Neuguinea hat die ELC-PNG die Rentenkasse für ihre über 8.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen durch das staatliche Rentensystem registrieren lassen. Die Zentralbank gab die offizielle Anerkennung am 10. Oktober 2003 bekannt. „Dies ist ein stolzer Tag für die ELC-PNG, die ihre Dienste für die gesamte Gesellschaft bis zu einem Maximum ausgebaut hat“, sagte Bischof Dr. Wesley Kigasung während seiner Ansprache. Die Herausforderung bestehe nun darin, die Versicherung zuverlässig und

qualifiziert zu verwalten, damit sie allen Mitgliedern zugute kommen kann, erklärte Kigung. (*National 13.10.03*)

### **Streit um Hafen in Wasu**

Aufgebrachte Landeigentümer haben in der Stadt Wasu einen Mitarbeiter von „Lutheran Shipping“ (LuShip), der kircheneigenen Schifffahrtsgesellschaft, angegriffen, gefesselt und auf ein Riff gelegt. Vorausgegangen war eine Auseinandersetzung über Entschädigungszahlungen für das Grundstück, auf dem die Hafenanlagen stehen. Die Verhandlungen hatten weder mit der Regierung noch mit LuShip zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Nach einiger Zeit wurde der Mann von ein paar Fischern noch am selben Tag gerettet.

Der Hafen in Wasu ist der einzige Umschlagplatz für diesen Teil des Tewae-Siassi-Distrikts und den Kabwum-Distrikt. Die Versorgung von etwa 80.000 Menschen mit Einzelhandelsgütern, Baumaterial und Kraftstoff, sowie der Abtransport von Kaffee, Kopra und Vanille werden über dieses Nadelöhr abgewickelt. (*National 19.09.03*)

### **† Helene Holz knecht**

Für die ELC-PNG ging mit dem Tod von Helene Holz knecht, geb. Schmutterer, eine bunte und bewegte Ära zu Ende. Ihre Geschichte war geprägt von Pioniergeist, Zuwendung zu den Menschen, Kriegswirren und von einem Land und Menschen, die sie als ihre eigenen bezeichnete. Helene Holz knecht verstarb am 26. August 2003 nach langer Krankheit und wurde in Tanunda, Süd-Australien, an der Seite ihres Mannes „Bingsu“ Karl Holz knecht begraben.

Geboren wurde sie am 28. Februar 1917 auf dem Sattelberg (Papua-Neuguinea) als drittes

Kind von Gottfried Schmutterer und seiner Frau Magdalene, geb. Pfeiffer, die als Neuendettelsauer Pioniermissionare dort arbeiteten. Ihre ersten acht Jahre verbrachte sie in Lae. Danach wurde sie zurück nach Deutschland geschickt, um mit anderen Missionarskindern die Schule zu besuchen, während ihre Eltern in Neuguinea blieben. Ihre Ausbildung zur Krankenschwester absolvierte sie in Schwäbisch Hall und Augsburg. In Neuendettelsau lernte sie ihren späteren Mann Karl Holz knecht kennen, dem sie nach Neuguinea folgte und am 17. Dezember 1938 in Ampo heiratete. Sie begleitete ihren Mann in die Gegend um Wau und Bulolo und kümmerte sich um Frauen und kranke Menschen. Während des Krieges wurde ihr Mann in australische Gefangenschaft geführt, sie selbst wurde einige Monate später ebenfalls nach Australien evakuiert, kurz bevor die Japaner die Station Malalo bombardierten und den gesamten Familienbesitz zerstörten.

Als erster deutscher lutherischer Missionar durfte Karl Holz knecht 1947 wieder nach Neuguinea zurückkehren und baute die Station Kaiapit wieder auf. Die Familie folgte drei Monate später. Helene Holz knecht engagierte sich wieder im Gesundheitsbereich und unterrichtete junge Mädchen in Hauswirtschaft, Lesen und Schreiben und all den Dingen, die zukünftige Pfarrfrauen wissen mussten.

Im Jahr 1969 kehrten sie nach Ampo zurück. Zunehmende gesundheitliche Probleme zwangen sie, Neuguinea zu verlassen und nach Australien zu ziehen, wo sie sich zunächst in Queensland niederließen. Ende 1989 zogen Karl und Helene Holz knecht schließlich nach Süd-Australien. (*Post Courier 09.09.03*)

## **GUTNIUS LUTHERAN CHURCH**

### **Kirchliche Trägerschaft**

Die Regierung der Enga Provinz plant, alle Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen der Provinz in die Trägerschaft verschiedener christlicher Kirchen zu übergeben. Laut Aussage des zuständigen Verwaltungsleiters Mathew Areke sind die Kirchen für diese Aufgaben besser geeignet, sowohl was ihre Motivation als auch ihre fachliche Qualifikation angeht. Im Kompam Distrikt wurden bereits Schulen und Gesundheitszentren an die Baptistische Union und die Röm.-Kath. Kirche abgegeben. Ähnliche Vereinbarungen werden derzeit in anderen Distrikten getroffen. Die Gutnius Lutheran Church betreibt bereits ein Krankenhaus, zwei Gesundheitszentren und mehr als zehn Gesundheitsposten, vier weiterführende Schulen und über 50 Grundschulen. (*National 05.11.03*)

### **Bischof Piso wiedergewählt**

Der Bischof der Gutnius Lutheran Church, David Piso, wurde wieder in den Rat des International Lutheran Council (ILC) gewählt. Dort vertritt er seit 1986 die Lutherischen Kirchen von Indien, Sri Lanka, Thailand, Indonesien, den Philippinen, Australien und Papua-Neuguinea. Vorsitzender wurde Dr. R. Mayan von der Lutherischen Kirche von Kanada. Dr. D. Roth von der Selbständigen Evangelisch Lutherischen Kirche (SELK) in Deutschland wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. (*National 02.10.03*)

## AUS DER ÖKUMENE IN PNG

### **Taufe anerkannt**

Katholiken, Anglikaner und Lutheraner in PNG erkennen künftig die Taufpraxis des jeweils anderen als vollgültig an. Erzbischof James Ayong (Anglikanische Kirche), Stellv. Bischof Kiage Mоторо (ELC-PNG) und Bischof John Ribat (Röm.-Kath. Kirche) unterzeichneten feierlich ein entsprechendes Dokument. „Wir bekennen gemeinsam, dass uns durch das Sakrament der Taufe der Heilige Geist in den Leib Christi und in die Kirche einfügt, uns rechtfertigt und erneuert, so dass wir wiedergeboren sind, um ein gottgefälliges Leben zu führen“, heißt es in der Verlautbarung. (Wantok 18.09.03)

### **Gedanken zum 28. Unabhängigkeitstag**

Sophia Gegeyo, die Vorsitzende des Kirchenrats von Papua-Neuguinea konnte nicht in die Lobeshymnen mancher Politiker zu den Feierlichkeiten zum 28. Jahrestag der Unabhängigkeit Papua-Neuguineas mit einstimmen. Stattdessen prangerte sie eine Reihe von Missständen an, unter denen ihre Landsleute zu leiden haben. Die Kosten für Alltagsgüter steigen ins Uner-schwingliche, die Gesundheitsversorgung nimmt ab, Krankenhäuser bekommen keine Medikamente mehr, Schulen werden vernachlässigt und viele Menschen haben große Schwierigkeiten, über den nächsten Tag zu kommen. Sie rief die Regierung zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und anderen Nicht-regierungsorganisationen auf, da sich deren Einsatz für das Wohl der Menschen seit vielen Jahren bewährt habe. (Wantok 18.09.03)

## **Keine Legalisierung von Prostitution**

In der heftig geführten Debatte um eine Legalisierung der Prostitution in PNG hat sich auch der Kirchenrat von PNG zu Wort gemeldet. Nach seiner Ansicht würde eine Legalisierung von Prostitution nicht zur Eindämmung von AIDS beitragen. Dies könne nur durch Bildung, Erziehung und Aufklärung erreicht werden. „Als Christen halten wir daran fest, dass jeder Mensch ein Bild Gottes ist. Deshalb soll dieses Bild heilig und gerecht sein vor Gott und den Menschen“, heißt es in einer entsprechenden Verlautbarung. (Wantok 25.09.03)

### **Neue Kirche in Munum**

Die Vereinigung Lokaler Kirchen (Association of Local Churches, ALC) in der Morobe Provinz feierte die Eröffnung ihrer 81. Kirche in dem kleinen Dorf Munum im Markham-Tal. Der Vorsitzende der ALC, Thomas Pila, erinnerte die Mitglieder und Gäste daran, dass das Kirchengebäude nur ein Platz der Versammlung und der Begegnung sei, dass die wahre Kirche aber in den Herzen der Menschen gebaut werde. An den Baukosten in Höhe von 15.000,- Kina hatten sich mehrere Kirchen beteiligt. Bei seinem Grußwort verwies der Abgeordnete Lazarus Oron darauf, dass die Arbeit der ALC sich positiv auf das Verhalten von Jugendlichen auswirke: Die Kriminalitätsrate sei deutlich gesunken. Er lobte die Kirchen für ihren wichtigen Beitrag, die Lebensbedingungen in seinem Wahlkreis zu verbessern. (Post Courier 30.09.03)

### **Kimbe wird eigene Diözese**

Papst Johannes Paul II. hat die Region um Kimbe zu einer eigenständigen Diözese erklärt. Zum ersten Oberhaupt dieser

neuen Diözese in West New Britain wurde Bischof Alphonse Liguori Chaupa ernannt, einer der bisherigen Stellvertreter des Erzbischofs von Rabaul. Eine Trennung von der Rabaul-Diözese war aufgrund des hohen Bevölkerungswachstums notwendig geworden. (Post Courier 13.10.03)

### **Mitarbeiter im Gesundheitsdienst beunruhigt**

Römisch-Katholische Mitarbeiter im Gesundheitsbereich äußerten sich während ihrer jährlichen Konferenz besorgt über zunehmende Probleme bei der Bekämpfung von Tuberkulose und AIDS, sowie bei der Behandlung zunehmender traumatischer Erfahrungen. Ein weiteres wichtiges Thema waren die Methoden für eine natürliche Empfängnisverhütung. (Wantok 20.11.03)

### **College schickt Studenten nach Hause**

Das „Heilige-Dreifaltigkeits-Lehrerseminar“ (Holy Trinity Teachers College) im Westlichen Hochland musste einen Teil seiner Studenten vorzeitig nach Hause schicken. Grund: zu wenig Essen und zu hohe Verwaltungskosten. Das katholische Seminar hat die von der Regierung zugesagten Mittel für das vierte Quartal nicht erhalten. Damit die Abschlussklassen ihre Prüfungen aber dennoch ablegen können, mussten 120 Studienanfänger noch vor Ende des Schuljahres in ihre Dörfer zurück geschickt werden. (National 19.11.03)

### **Kath. Frauenvereinigung feiert 20-Jähriges**

Die katholische Frauenvereinigung Lae feierte ihr 20-jähriges Bestehen. Über 500 Frauen waren gekommen, um mindestens sechs der elf Gemeinden der Di-

özese Lae zu vertreten. An den Feierlichkeiten nahm auch Bischof Henry Lieshout teil. Die Vereinigung trägt durch verschiedene Programme (z.B. Kleinkredite) zu einer nachhaltigen Entwicklung benachteiligter Frauen bei. *(National 18.11.03)*

### **Neuer Bischof für Papua-Region**

Bischof Bernard Siai wurde zum neuen Bischof der Papua-Region der United Church ernannt. Er tritt damit die Nachfolge von Bischof Henry Tauwaigu an, der zehn Jahre lang dieses Amt bekleidet hatte. *(Wantok 03.09.03)*

## **AUS ANDEREN LÄNDERN**

### **AUSTRALIEN**

#### **Neuer Kardinal**

Dr. George Pell wurde zum sechsten australischen Kardinal geweiht. Damit ist der Erzbischof von Sydney einer der 31 neuen Kardinäle, die von Papst Johannes Paul II. auserkoren wurden. Seine Wahl ist vor allem unter seinen progressiven australischen Kollegen nicht unumstritten. *(PIR 29.09.03)*

### **FIJI**

#### **Kirchen verurteilen Angriffe gegen Tempel**

Der Kirchenrat der Fiji-Inseln hat die anhaltenden Übergriffe gegen hinduistische und muslimische Gottesdienststätten scharf verurteilt. Hinduistische Götterstatuen und anderes Eigentum waren beschädigt und Geld gestohlen worden. Der Kirchenrat wertete dies als Verletzung der Menschenrechte und rief zu gegenseitiger religiöser Toleranz auf. *(PIR 12.09.03)*

### **Methodisten rufen zum Boykott auf**

Eine methodistische Gruppe auf den Fiji-Inseln hat zum Boykott der größten Tageszeitung, „The Fiji Times“, aufgerufen. Auf ganzseitigen Anzeigen wurde die Zeitung als „Agent des Teufels“ bezeichnet. Hintergrund ist eine umstrittene Berichterstattung über Wunderheiler und die Anschuldigung, in der Finanzverwaltung der Methodistischen Kirche gebe es Unregelmäßigkeiten, bis hin zu doppelten Gehaltszahlungen für bestimmte Pfarrer. Außerdem hieß es, sei die Kirche „tief getroffen“ durch die kritische Haltung der Zeitung gegenüber dem Evangelisten Reinhard Bonnke, der von sich behauptet, Wunder tun zu können. *(PIR 29.09.03)*

#### **Gottes Feuer auf Fiji**

Vom 18. bis zum 20. Oktober 2003 besuchte der Evangelist Reinhard Bonnke die Fiji-Inseln, um eine sogenannte „Feuerkonferenz“ abzuhalten. Ziel war es, „im südpazifischen Raum ein Feuer des Heiligen Geistes zu entzünden, damit die Inseln dort mit der Herrlichkeit des Herrn erfüllt würden“, heißt es im Informationsblatt von „Christus für alle Nationen“ (CfaN). Bis zu 114.000 Teilnehmer wurden an den drei Abenden gezählt. Noch ehe Bonnke angefangen habe zu predigen, seien Leute aus ihren Rollstühlen gesprungen und hätten angefangen unter Freudentränen zu bezeugen, was Jesus an ihnen getan habe. *(CfaN Missions-Reportage, November 2003)*

### **SALOMONEN**

#### **Kirche von Melanesien unterstützt Salomonen**

Nachdem zwei verheerende Wirbelstürme die Menschen von Tikopia in den Solomon Islands heimgesucht haben, hat sich die Kirche von Melanesien dazu be-

reit erklärt, Katastrophenhilfe zu leisten. Besonders benötigt werden Lebensmittellieferungen, nachdem aufgrund der Unwetter zweimal hintereinander die Ernten ausgefallen sind. *(PIR 07.11.03)*

## **PAZIFIK ALLGEMEIN**

### **Höchste Suizidrate weltweit**

**Pazifik:** Der Pazifik als Gesamtregion hat die höchste Selbsttötungsrate der Welt. Das erfuhren die Teilnehmer eines Workshops zu Maskulinität, Gewalt und geistiger Gesundheit im fijianischen Suva Anfang Oktober. Jährlich begehen 50 von 100.000 Pazifikinsulanern zwischen 15 und 21 Jahren Suizid. Dies fand die „Foundation for the South Pacific International“ (FSPI), ein Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen, heraus.

Rex Horoi, Geschäftsführer von FSPI, sagte, Suizid sei nur eines der Gesundheitsprobleme, mit denen die Region zu kämpfen habe. Psychische Erkrankungen hätten stark zugenommen. Vor allem Männer suchten bei Depressionen keine professionelle Hilfe, sondern „retteten“ sich in den Suizid oder in Drogen- und Alkoholkonsum. Dieser mache sie gewaltbereit, Opfer der Gewalt seien vor allem Frauen, oft auch die eigenen Ehefrauen. Man müsse versuchen, den Teufelskreis von Alkohol und Gewalt gegen Frauen als Ausdruck von Maskulinität zu durchbrechen. Deshalb hat FSPI in diesem Jahr mit einem auf drei Jahre angelegten Forschungsprojekt begonnen. Das Projekt soll verhindern helfen, dass psychisch erkrankte Männer zu Gewalt greifen, um sich gegenüber ihrer Umwelt „zu beweisen“. Finanziert wird das Projekt von der

neuseeländischen Regierung. Länderschwerpunkte sind Fiji, Kiribati, Vanuatu und Papua-Neuguinea. (PIR 07.10.03, ABC 07.10.03)

## **Ergebnisse des APEC- Gipfels**

**Thailand:** Am 20. und 21. Oktober fand in Bangkok (Thailand) der elfte Wirtschaftsgipfel der asiatisch-pazifischen Länder statt (Asia Pacific Economic Cooperation, APEC). Das Thema des Treffens lautete: „A World of Difference: Partnership for the Future“. Auf der Tagesordnung der 21 Mitgliedsländer (darunter Australien, Indonesien, Neuseeland und Papua-Neuguinea) der Konferenz stand erneut der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, das Atomprogramm von Nordkorea und wirtschaftliche Fragen der Region.

Die Wirtschaftsminister verabschiedeten am Ende der zweitägigen Beratungen die „Bangkok Declaration on Partnership for the Future“. Darin vereinbarten sie enge partnerschaftliche Beziehungen im Bereich des offenen und freien Handels. Die Erklärung nennt explizit Korruption als größtes Hindernis bei der sozialen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung von Ländern. Die Unterzeichner verpflichteten sich, ab dem Jahr 2004 Korruption in ihren jeweiligen Ländern mit allen Mitteln zu bekämpfen und Transparenz durchzusetzen. Als Herausforderung bezeichnet die „Bangkok Erklärung“ die Bedrohung der Menschen in der Region durch transnationalen Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Die Minister vereinbarten eine enge Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrors. Des Weiteren einigten sich die Minister, vor allem Frauen und Jugendliche in die Prozesse der Globalisierung einzubinden. Zur Überbrückung der ‚digitalen Kluft‘ sei es wichtig, allen Menschen

Zugang zu Wissen und Bildung mittels moderner Technologien wie Internet und E-Learning zu gewähren. Die vierseitige Erklärung schließt mit dem Aufruf an alle APEC-Länder, das wirtschaftliche Netzwerk der Mitglieder weiter auszubauen und zu stärken.

Der Gipfel fand unter hohen Sicherheitsvorkehrungen statt, um die zu Vorgesprächen angereisten Präsidenten (u.a. George W. Bush) und Premierminister vor Angriffen zu schützen. 20.000 thailändische Polizisten waren im Einsatz.

*Hintergrund:* Die APEC wurde 1989 von sieben Ländern in Canberra ins Leben gerufen. Die inzwischen 21 Mitgliedsländer beherrschen gut die Hälfte des Welthandels. Zu den APEC-Ländern zählen die drei größten Wirtschaftsmächte der Welt, die USA, Japan und China. Die Wirtschaftsminister der Länder treffen sich einmal jährlich, um Strategien für ein weiteres Wirtschaftswachstum in der asiatisch-pazifischen Region festzulegen. Die Arbeit von APEC basiert auf drei Säulen: Liberalisierung von Handel und Investment, wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie betriebswirtschaftliche Erleichterungen. Das nächste APEC-Treffen findet 2004 in Chile statt. (Flash d'Océanie 21.10. u. 22.10.03, APEC Declaration 21.10.03, <http://www.aph.gov.au/library/intguide/FAD/apec2003.htm>)

## **Kein Bergbau in Weltkulturerbestätten**

**Welt:** Der „Internationale Rat für Bergbau und Metalle“ (International Council on Mining and Metals, ICMM) hat sich Ende August verpflichtet, die Exploration und den Bergbau an Stätten zu unterlassen, die von der UNESCO als Weltkulturerbe ausgezeichnet wurden. Der Verpflichtungserklärung gingen Verhandlungen zwischen dem

ICMM und der „IUC- World Conservation Union“ voraus. Diese setzt sich für die Bewahrung der Artenvielfalt und den Schutz der Natur in Minengebieten ein. Im ICMM haben sich die 15 weltweit größten Bergbauunternehmen und Metallverarbeitende Konzerne zusammengeschlossen.

Zur Zeit gibt es 754 Weltkulturerbestätten, darunter das Great Barrier Reef in Australien (seit 1981) und den Yellowstone Nationalpark in den USA (seit 1978). In Deutschland wurde im Jahr 2001 die weltweit größte Schachanlage im Kohlenbergbau, die „Zeche Zollverein“ in Essen, zum Kulturerbe ernannt. (Pressemitteilung ICMM 20.08.03, <http://whc.unesco.org/>)

## **Deutsche Firma restauriert Moais**

**Deutschland/Osterinsel:** Die in Berlin ansässige Firma „Maar Denkmalpflege GmbH“ ist von der UNESCO beauftragt worden, die berühmten Steinfiguren (Moais) auf Rapa Nui (Osterinsel) zu konservieren. Die Figuren sind durch die Witterung, die große Zahl der Besucher und durch vorherige unsachgemäße Renovierungsarbeiten vom Verfall bedroht.

Stefan Maar, Gründer und Geschäftsführer von „Maar Denkmalpflege“, sagte, das Konservierungsprojekt begänne im Jahr 2005. Zehn Millionen Euro Renovierungskosten seien dafür von der UNESCO veranschlagt worden. Maars Wissenschaftler würden eine Chemikalie entwickeln, womit man das vulkanische Tuffgestein, aus dem die Figuren bestehen, wetterfest und haltbar machen könne. Bei mehr als 1.000 Moais auf der Insel sei dies eine Mammutaufgabe für seine Firma, so Stefan Maar. Die zu entwickelnde Flüssigkeit müsse das Eindringen von Feuchtigkeit in den Stein verhindern sowie das weitere Ausein-

anderreißen bereits vorhandener Risse im Gestein.

Die Firma Maar hat bereits Erfahrung in der Konservierung von Steinobjekten. Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 war sie beauftragt worden, von der DDR vernachlässigte historische Denkmäler und Monumente zu konservieren und sie so für die Nachwelt zu erhalten.

Die bis zu vier Meter hohen Steinköpfe auf der nur 166 Quadratmeter kleinen Insel Rapa Nui sind zwischen 400 und 1.000 Jahren alt und wiegen bis zu 82 Tonnen. (*Science Reuters 04.11., Radio New Zealand 05.11.03*)

### **Starker Außenhandel mit Pazifik**

**BRD:** Im ersten Halbjahr 2003 entwickelte sich der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit den südpazifischen Inselstaaten äußerst positiv.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sanken die Importe aus Australien um 18 % auf 553,3 Millionen Euro. Gleichzeitig wuchsen jedoch die deutschen Ausfuhren nach Australien stark an, und zwar auf einen Warenwert in Höhe von 1.985,4 Millionen Euro (plus 10,5 % im Vergleich zum Vorjahr). Das ist ein fast vierfacher Überschuss. Die deutschen Exporte nach Neuseeland stiegen um 13 % auf 292 Millionen Euro. Die Importe aus Neuseeland nach Deutschland stiegen um 1,9 % und betragen nun 278,1 Millionen Euro.

Pazifischer „Hauptimporteur“ im ersten Halbjahr 2003 war Papua-Neuguinea. Die Insel führte Waren im Wert von 60,1 Millionen Euro ein und konnte sich damit um 3,2 % im Vergleich zu 2002 steigern. Im Gegenzug exportierte Deutschland nach PNG nur Waren im Wert von 3,6 Millionen Euro.

Die geringe Warenausfuhr nach PNG entspricht jedoch nicht dem allgemeinen Trend. Deutschland ist nach Presseinformationen erstmals seit elf Jahren wieder weltweit an die Spitze der Exportnationen aufgestiegen. Mit Exporten in Höhe von 62 Milliarden Euro (bis August 2003) lag Deutschland sogar um mehr als sieben Prozent über dem Exportergebnis der USA, dem bisherigen Spitzenreiter. (*faz Wirtschaft 14.10.03, ANV Informationen 10/2003, <http://www.oecd.org>*)

### **Bürgermeister verabschieden Kampagne gegen Nuklearwaffen**

**Großbritannien:** Der Exekutiv-ausschuss der „Bürgermeister für den Frieden“ hat auf seiner Sitzung am 17. und 18. Oktober 2003 in Manchester (England) eine Notkampagne für das Verbot von Nuklearwaffen im Rahmen des Überprüfungsprozesses für den Atomwaffensperrvertrag (Non-Proliferation Treaty [NPT] Review Process) gebilligt. Die Kampagne wurde auf der „2. Global Citizens Conference“ vom 22. bis 24. November in Nagasaki offiziell initiiert. Wichtige Punkte der Kampagne sind:

- Eine Bürgermeisterdelegation wird an der Sitzung des NPT-Vorbereitungstreffens vom 22. April bis 9. Mai 2004 teilnehmen und sich dort mit Regierungs- und NRO-Vertretern treffen.
- Bürgermeister in allen Städten sollen ihre Bürger auf die nukleare Bedrohung und auf die Jahrestage der Angriffe auf Hiroshima und Nagasaki hinweisen.
- Bürgermeister und NRO-Vertreter sollen Ende April 2005 an der Überprüfungs-konferenz für den Atomwaffensperrvertrag in New York teilnehmen.

Die „Weltkonferenz der Bürgermeister für den Frieden“ (Mayors

for Peace) wurde 1982 von den Bürgermeistern von Hiroshima und Nagasaki gegründet, um die Solidarität und Kooperation zwischen den Städten zu fördern. Ziel der Vereinigung ist es, den gemeinsamen Willen zur Schaffung einer friedlichen Welt ohne Nuklearwaffen zu wecken. Die Kampagne gegen Nuklearwaffen wurde jetzt als Reaktion auf das einmütige Krisenbewusstsein wegen eines generellen Fehlens von Fortschritten bei der nuklearen Abrüstung und neu entstandener nuklearer Bedrohungen ins Leben gerufen.

Die Bürgermeister fordern die nationalen Regierungen auf, den Dialog zu verstärken und sich für die Aufrechterhaltung und Stärkung des Nichtverbreitungsregimes (von Nuklearwaffen) einzusetzen. Sie fordern weiterhin, dass die Kernwaffenstaaten und die De-facto-Kernwaffenstaaten einschließlich aller Länder, die nicht NPT-Vertragsparteien sind, sofort alle Entwicklungsprogramme für Nuklearwaffen einstellen. Das nukleare Teststoppabkommen solle unverzüglich in Kraft gesetzt werden.

Im Oktober 2003 waren 554 Städte in 107 Ländern und Regionen Mitglieder der Organisation „Bürgermeister für den Frieden“. Im Pazifik beteiligen sich etliche Länder und Städte. Im einzelnen handelt es sich um 25 Städte in Australien (u.a. Sydney, Melbourne), um zehn Städte in Neuseeland (u.a. Auckland, Wellington, Christchurch) sowie um folgende Städte: Port Moresby (Papua-Neuguinea), Nadi (Fiji), Majuro (Marshall-Inseln), Kolonia und Sokehs (Mikronesien) und um Honiara (Salomon-Inseln). ([www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen\\_/Atomwaffen/buergermeister.html](http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen_/Atomwaffen/buergermeister.html), [www.pcf.city.hiroshima.jp/mayors/english](http://www.pcf.city.hiroshima.jp/mayors/english))

### **Kava- Pflanze diskutieren Strategie**

Im November kamen bei einem europäisch-pazifischen Treffen in

Brüssel Wissenschaftler sowie Hersteller und Vertreiber von Kava zusammen. Ziel des Treffens war es, den Ruf des Pfefferstrauches *Piper methysticum* (Kava) in Europa wieder herzustellen und die Pflanze auf dem Markt erneut als beruhigendes, anti-depressives Mittel zu etablieren.

Der Kavamarkt brach Ende 2001 zusammen, als Wissenschaftler einen Zusammenhang zwischen Leberschäden und dem Konsum von Kava nachwiesen. Sieben Menschen waren nach langjährigem Kavakonsum an Leberschäden gestorben. Deutschland, England, Kanada und Singapur hatten daraufhin Kava und kavahaltige Produkte aus dem Sortiment von Apotheken genommen und den Vertrieb verboten. Der Kavamarkt in Vanuatu, Samoa und Fiji, der diesen pazifischen Inselstaaten jährlich über 50 Millionen US Dollar einbringt, brach zusammen.

Auf dem Brüsseler Treffen stellte man fest, dass Kava ein absolut sicheres Heilmittel sei. Subramaniam Sotheeswaran, Professor für Organische Chemie an der Universität des Südpazifiks in Fiji (USP), erklärte, im Pazifik trinke man Kava seit mehr als 2.000 Jahren und noch nie hätte es Todesopfer unter den Konsumenten gegeben. Kava hätte positive Effekte bei Angst, innerer Unruhe, Depressionen und Nervosität.

Die USP wurde ausgewählt, den wissenschaftlichen Nachweis der Unschädlichkeit von Kava zu erbringen. Eine Studie der „Fiji School of Medicine“ in Kooperation mit dem fijianischen „Colonial War Memorial Hospital“ hatte bereits Ende November 2002 herausgefunden, dass in pazifischen Krankenhäusern bisher noch kein schwerer Leberfall aufgetreten sei, der sich auf übermäßigen Kavakonsum zurückführen ließe.

Die pazifischen Produzenten und Vertriebsleiter von Kava wollen sich erneut im nächsten Jahr treffen, um Strategien einer erneuten Markteinführung von Kava zu erarbeiten. (*Islands Business* 26.11.03)

## BRENNPUNKT INDONESIEN

### **Zehn Tote bei Kopassus-Überfall**

Yustinus Murib, ein Regionalkommandeur der „Bewegung für ein freies Papua“ (Organisasi Papua Merdeka, OPM), sowie neun weitere Menschen aus seinem Umfeld sind von Soldaten einer Kopassus-Spezialeinheit des indonesischen Militärs im Dorf Yalengga (15 Kilometer westlich von Wamena) überfallen und getötet worden. Weitere drei Menschen wurden verletzt. Der Leiter der Militäroperation, Leutnant Col. Gustav Agus Irianto, berichtete, dass er eine geheime Mitteilung erhalten habe, dass sich die Gruppe um den 40-jährigen Yustinus Murib im Dorf Yalengga aufhalte und dass sie plane, Wamena anzugreifen, um gegen die umstrittene Wiederwahl David Hubis zum Regierungspräsidenten zu protestieren. Nachdem er die Information geprüft habe, habe er eine zu absoluter Verschwiegenheit verpflichtete Einheit von mehreren Soldaten zusammengestellt und sei am Abend des 4. November mit zwei Lastwagen in Richtung Yalengga gefahren. In der Nacht habe man das Dorf umstellt und am frühen Morgen angegriffen. Man habe erst geschossen, nachdem die Angegriffenen zuerst geschossen hätten. Daher habe man keine Menschenrechtsverletzung begangen.

Die Militärs fanden im Dorf Yalengga Schusswaffen und Munition, die zu den im April 2003 in Wamena gestohlenen Waffen gehören sollen.

Zwei verwundete Gefangene erzählten, dass Yustinus Murib sofort den Befehl zur Flucht gegeben habe, als er merkte, dass Soldaten in der Nähe waren. Immerhin müssen etwa 20 Männer entkommen sein, denn die Gruppe um Murib soll etwa 30 Mann stark gewesen sein.

Petrus Eil von der Menschenrechtsorganisation Kontras in Jayapura kritisierte die Militäraktion. Eine solche geheime Kommandoaktion verletze die Regeln. Die Bevölkerung müsse vorher gewarnt werden und die Zivilregierung müsse zustimmen. Manuel Mulait, der Vorsitzende der Studentenvereinigung der Hochlandstudenten, kritisierte ebenfalls den Einsatz des Militärs als unverhältnismäßig. Auch der Gouverneur J.P. Salosa nahm Stellung. Er rief dazu auf, dass bei solchen Aktionen keine Zivilpersonen verletzt oder getötet werden dürften. Es gibt Berichte, nach denen ein Teil der Getöteten Zivilisten gewesen sein sollen, die nichts mit der Gruppe um Yustinus Murib zu tun gehabt hätten.

Einen Tag nach dem Überfall veröffentlichte die indonesischsprachige „Cendrawasih Pos“ auf der ersten Seite Fotos mit den Opfern, darunter auch ein Bild des getöteten Murib inmitten von vier indonesischen Soldaten, die seinen Kopf zurückgerissen hatten und ihm ein Gewehr an den Bauch hielten. Diese sensationlüsterne Berichterstattung indonesischer Medien wurde von Medienverbänden und Nichtregierungsorganisationen stark verurteilt. (*Kompas* 06. u. 10.11.03, *Suara Pembaruan* 06.11.03., *AWPA* 05.11.03, *Denmak* 06.11.03, *West Papua Netzwerk E-Info* Nr. 131)

## **Unglück in der Freeport-Mine**

Bei einem Erdbeben in der offenen Gold- und Kupfermine Freeport in Tembagapura (Provinz Papua) sind am 9. Oktober 13 Arbeiter und sechs große Maschinen (u.a. Bulldozer) begraben worden. Fünf Arbeiter konnten lebend aus den Erdmassen geborgen werden, acht wurden tot aufgefunden. Bei dem Erdbeben sind ungefähr 2,3 Millionen Tonnen Geröll in die offene Grube gerutscht. Die Umweltschutzorganisation WALHI forderte in einer Presseerklärung eine gründliche Untersuchung der Tätigkeiten der Firma „PT Freeport Indonesia“ in der Grasbergmine. Bereits in der Vergangenheit hatte es Todesopfer in der Mine gegeben. Im Mai 2000 waren vier Arbeiter getötet worden, als ein Damm brach und Wasser in die Grube flutete. Freeport müsse endlich zur Verantwortung gezogen werden. Der Erdbeben sei vermutlich auf das zu schnelle Abgraben der Hänge zurückzuführen. Noch bis Ende Oktober war die Mine geschlossen, die Produktion stand still.

Aus dem Ministerium für Energie und Bergbau verlautete, man wolle von PT Freeport Indonesia einen „Garantieschein“, dass solche Unfälle nicht wieder auftreten. Die Regierung forderte die Firma auf, einen geologischen Berater anzustellen, um zukünftige Unfälle zu verhindern.

Der Erdbeben sei eine Folge der Vernachlässigung seitens des Managements der Firma, so das Untersuchungsteam der Regierung. Das Management habe gewusst, dass der steile Hang in sich zusammenbrechen könne, aber keine vorbeugenden Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter getroffen. (*Jakarta Post 10.10., 11.10., E-Info Nr. 131 28.10., Joyo Indonesian News 06.11.03*)

## **USA blockt Gelder**

Der amerikanische Senat hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, den Indonesiern die für 2004 angekündigten Gelder für militärische Trainingsmaßnahmen in Höhe von 400.000 US Dollar zu streichen. Amerika vermutet eine Beteiligung des indonesischen Militärs an dem Übergriff auf Angestellte der Freeport-Mine im vergangenen Jahr, bei der u.a. zwei Amerikaner getötet und acht weitere schwer verletzt wurden. Die Hilfsgelder für das indonesische Militär würden erst dann wieder gezahlt, wenn der Vorfall komplett aufgeklärt sei, erklärte Senator Wayne Allard aus dem US-Bundesstaat Colorado, aus dem ein Todesopfer des Überfalls stammte. (*SMH 31.10.03*)

## **BERICHTE AUS DEN INSELSTAATEN**

### **MELANESIEN**

#### **Rückzug der Australier**

**Salomonen:** Bis Mitte Dezember will Australien mehr als die Hälfte seiner Eingreiftruppen auf den Salomon-Inseln abziehen. General Peter Cosgrove, Chef der Verteidigungstreitkräfte (Australian Defense Force), erklärte, von den bisher 1.700 australischen Soldaten sollten nur 600 auf den Inseln bleiben. Lediglich zwei Infanterieregimenter verließen auf Guadalcanal, um die unbewaffneten Polizisten der „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ (RAMSI) zu unterstützen. Ziel sei es, die Präsenz der ausländischen Truppen mit Soldaten aus Fiji, Neuseeland, Papua-Neuguinea

und Tonga längerfristig zu reduzieren und die Kontrolle über die Sicherheitssituation an einheimische Polizisten zu übergeben.

Bislang wurden 15 neue Polizeiposten gebaut, Hunderte von Einheimischen wurden geschult. Zu deren Unterstützung befinden sich zur Zeit noch mehrere externe Berater auf den Salomonen, sie helfen beim Wiederaufbau von Recht und Ordnung und schaffen neue Strukturen in Verwaltung, Wirtschaft und Politik.

General Cosgrove teilte dem australischen Senat mit, dass langfristig nur ein Infanterieregiment mit Soldaten der pazifischen Anrainerstaaten auf den Salomonen stationiert werden soll. Die rund 600 australischen Mitglieder der Eingreiftruppe sollen in der nächsten Zeit auch beim Wiederaufbau der Infrastruktur helfen. Der australische Außenminister Alexander Downer geht davon aus, dass seine Soldaten noch die nächsten zwei Jahre auf den Salomonen stationiert sein werden.

Laut australischer Medienberichte war die Mission auf den Salomonen äußerst erfolgreich. Der bekannte Rebellenführer und mutmaßliche Mörder von u.a. sechs anglikanischen Missionaren, Harold Keke, konnte ebenso verhaftet werden wie der Polizeisuperintendent Mannaseh Maelanga. Maelanga, oberster Chef der paramilitärischen Miliz „Malaita Eagle Force“, ist in elf Fällen angeklagt, u.a. der Vergewaltigung, der Einschüchterung von Schutzbefohlenen und der Körperverletzung.

Insgesamt konnten die RAMSI-Truppen 340 Personen verhaften, darunter 25 hochrangige Polizeioffiziere. Mehr als 3.700 Waffen wurden der RAMSI freiwillig ausgehändigt.

Der Premierminister der Salomonen, Sir Allan Kemakeza, hat sich bei RAMSI für ihren Einsatz

bedankt. Recht und Ordnung seien wieder im Land eingekehrt, die Staatsfinanzen seien stabil, Bedienstete im Öffentlichen Dienst würden wieder ihre Gehälter beziehen und das Bildungssystem funktioniere wieder. (SZ u. PIR 29.10.03, Radio New Zealand 03.11.03, ABC News 04.11.03, Radio Australia und ABC News 05.11.03)

## Gemeinsame Website

**PNG/Salomonen:** Mitte Oktober haben die Medienverbände von Papua-Neuguinea und den Salomon-Inseln eine eigene Internetseite eingerichtet. Es handelt sich jeweils um den ersten Internetauftritt des „Media Council of Papua New Guinea“ und der „Media Association of the Solomon Islands“. Bei der Gestaltung der Seiten wirkten Studenten der Queensland University of Technology (Australien) mit. Beratend stand dem Projektteam u.a. „Transparency International“ zur Seite. Die neue Homepage soll Journalisten aus der pazifischen Region ein Portal für Fortbildungen, Kurse und Informationsvermittlung bieten. Besonders wichtig ist den Medienverbänden auch der Hinweis auf die Anti-Korruptionskampagnen in Papua-Neuguinea und auf den Salomonen.

Die informative Seite findet sich im Internet unter:

**[www.png-simediacouncil.org](http://www.png-simediacouncil.org)**

(Pacific Media Watch 20.10.03)

## Skelett von 1788 entdeckt

**Salomonen:** Französische Wissenschaftler haben vor der Küste der Insel Vanikoro (Salomonen) in 13 Meter Tiefe ein menschliches Skelett gefunden. Vermutlich handelt es sich bei den sterblichen Überresten um ein Mitglied der Expedition von Jean-François de La Pérouse, die der Franzose 1788 unternommen hatte. Im Februar 1788 waren die beiden Expeditionsschiffe „La Boussole“ und „Astrolabe“ mit 200 Menschen an Bord gesunken. Die Schiffe wa-

ren vor der Küste von Vanikoro unter mysteriösen, bis heute ungeklärten Umständen, untergegangen.

Vorherige wissenschaftliche Expeditionen von Franzosen aus Neukaledonien hatten bereits aus den Schiffswracks Alltagsgegenstände wie Geschirr und Besteck geborgen.

Das Skelett sei in einem ausgezeichneten Zustand, den die Wissenschaftler auf die geschützte Lagerung in Sand und Korallen zurückführen. Etienne Beaumont, ein Teilnehmer der Expedition, schätzte das Alter des Skeletts (übrigens ein Mann) nach dem Zustand der Zähne auf ca. 40 Jahre. Der Mann sei wahrscheinlich beim Sinken des Schiffes eingeschlossen worden und habe sich nicht mehr befreien können.

*Hintergrund:* Der Comte Jean-François de Galaup (genannt La Pérouse) war ein französischer Seefahrer. Er wurde am 22. August 1741 in Le Guo bei Albi geboren und starb 1788 beim Untergang seiner Schiffe. 1785 hatte La Pérouse das Kap Horn umsegelt, er befuhr die Westküste Nordamerikas und entdeckte 1787 die nach ihm benannte „La Pérouse-Straße“, eine rund 40 Kilometer breite Meeresstraße zwischen der japanischen Insel Hokkaido und der russischen Insel Sachalin. ([www.wissen.de](http://www.wissen.de), Oceania Flash 25.11.03)

## Lehrer verurteilt

**Kanaky:** Ein Lehrer ist von einem Gericht in Koné (Hauptstadt der nördlichen Provinz der Hauptinsel) zu einer Geldstrafe in Höhe von 80.000 französischen Pazifikfrancs (ca. 665 Euro) verurteilt worden. Der Lehrer hatte einen Schüler wegen Disziplinlosigkeit mit seinem Gürtel ins Gesicht geschlagen. Der Vorfall ereignete sich im Baouva College. Zwar hatten die Eltern des verletzten Schülers auf eine

gerichtliche Klage verzichtet, doch hatte die Elternpflegschaft durchgesetzt, dass der Fall vor Gericht verhandelt wurde. (Oceania Flash 14.11.03)

## MIKRONESIEN

### Strahlenopfer kämpfen um Entschädigung

**Guam:** Am 9. September hat sich auf Guam (Marianen) die „Pacific Association for Radiation Survivors in Guam“ (PARS, pazifische Vereinigung für Überlebende radioaktiver Strahlung) gegründet. Zum Präsidenten der Vereinigung wurde Robert Celestial gewählt. Der ehemalige Sergeant der US Army lebt heute schwer erkrankt von einer Invalidenrente auf Guam. Er war als Soldat 1977 und 1978 auf dem Enewetak-Atoll (Marshall-Inseln) stationiert und dort zuständig für die Dekontaminierung des Atolls nach den rund 42 Atomtests der Amerikaner zwischen 1948 und 1958. Celestial gehörte zu einer Gruppe von 4.000 Männern, die im Rahmen des „Enewetak Radiological Support Projects“ von 1977 an für die Entseuchung von sechs Inseln zuständig waren. Die auf den Atollinseln abgetragene verstrahlte Erde wurde in einem später zubetonierten Krater auf der Atollinsel Runit gelagert. 1980 war Enewetak von den Amerikanern als „entseucht“ deklariert worden, die zwangsumgesiedelte Bevölkerung kehrte zurück.

Schiffe der US Marine, die in den 40er, 50er und 60er Jahren von dem radioaktivem fall-out der Atomtests auf den Atollen Bikini und Enewetak getroffen worden waren, waren von der US Marine aus den Gewässern der Marshall-Inseln abgezogen und in Guams Hafen Apra gebracht

worden. Dort wurden sie dekontaminiert. In einem kürzlich veröffentlichten Dokument hatte die amerikanische Regierung zugegeben, dass die verseuchten Schiffe dabei mit Wasser abgespritzt worden seien. Dieses Wasser sei ohne weitere Reinigung ins Meer gelassen worden und hätte zur hochgradigen Verstrahlung von Guam geführt. Die Vereinigung der Strahlensopfer auf Guam setzt sich nun dafür ein, dass Guam in die Liste der Länder aufgenommen wird, die Kompensationszahlungen von der amerikanischen Regierung erhalten. Am 15. Oktober 1990 wurde acht Ländern mit dem sogenannten „Radiation Exposure Compensation Act“ Entschädigungszahlungen zugesprochen, u.a. den US-Staaten Colorado, Utah, Arizona, Oregon und Texas. Im Jahr 2000 fügte der damalige Präsident Bill Clinton dem Akt Zusatzartikel bei (*Radiation Exposure Compensation Act and Amendments of 2000*). Guam zählte auch im Jahr 2000 nicht zur Liste der Staaten, da dort keine direkten Atomtests stattfanden.

PARS kämpft nun um eine Aufnahme in den Kompensationspakt und begründet dies mit der durch die Dekontaminierung von Kriegsschiffen im Hafen Apra verstrahlten Umwelt. Die Entschädigungszahlungen würden sich je nach Schwere der Krankheit und Nähe zum Versuchsgelände (sogenannte „downwinders“ oder „on-site“) auf Summen zwischen 50.000 und 75.000 US Dollar pro Person belaufen. Entschädigungen würden auch die Menschen bekommen, die an einer der vom amerikanischen Kongress identifizierten Krebsarten (u.a. Leukämie, Brustkrebs) leiden. Etwa 30 verschiedene Krebsarten werden als unmittelbare Folge von radioaktiver Strahlung vom US Kongress akzeptiert.

Robert Celestial erklärte in einem ersten Interview mit der ABC in Australien, rund 90 % der

Mitglieder seiner Vereinigung litten unter Krebs und würden sich so für Entschädigungszahlungen „qualifizieren“.

Besondere Brisanz erhält das Thema „Entschädigungen“ durch Pläne der Amerikaner, im Hafen von Apra drei mit Atomwaffen bestückte Unterwasserboote vom Typ „Ohio“ zu stationieren, um gegen einen eventuellen nuklearen Angriff aus Nordkorea gerüstet zu sein.

*Hintergrund:* Nach einer wechselvollen Kolonialgeschichte (Spanien, USA und Japan) wurde die Insel Guam am 1. Juni 1950 ein sogenanntes „uninkorporiertes“ Territorium der Vereinigten Staaten. Die Militärbasis auf Guam ist von hoher strategischer Bedeutung für das amerikanische Militär. Auf Guam leben ca. 164.000 Menschen, 37 % davon sind Chamorros (Ureinwohner). (*Pacific Beat* 30.10.03, *CIA World Factbook*, <http://www.angelfire.com/tx/atomicveteran/rca.html>, *US Department of Health and Human Services*, <http://bphc.hrsa.gov/>, <http://www.navy.mil/>, *Internal Dose Monitoring*, <http://eed.llnl.gov/mi/ewetak.php>)

### **Palau verbietet Haifischfang**

**Palau:** Die mikronesische Republik Palau hat Mitte September allen ausländischen Fangflotten den Haifischfang verboten. Sie stellte eine 50-Meilen-Zone rund um den Hafen der Hauptstadt Koror unter Schutz. In diesem Gebiet dürfen ausländische Boote weder Haie noch Korallenfische, Schildkröten, Rochen oder Meeressäuger fangen. Jeder Verstoß gegen das neue Umweltschutzgesetz wird mit bis zu 500.000 US Dollar Strafe geahndet. Das bereits in Kraft getretene Gesetz zum Schutz der Haie und anderer vom Überfischen bedrohter Fischarten sieht vor, dass Fischer (auch Staatsbürger von Palau) jeden Hai, egal ob tot oder lebendig, wieder ins Meer entlassen müssen, auch wenn

der Hai als „Beifang“ nur zufällig in die Netze ging.

Mit diesen strengen Auflagen übernimmt Palau eine Pionierrolle in dem Bemühen pazifischer Inselstaaten, ihre Fischbestände besser zu schützen. Die meisten der Länder, die Haifischfang verbieten, unterscheiden nämlich zwischen dem Verbot des Fangs eines Haifischkörpers oder einer Haifischflosse. Haifischflossen gelten vor allem im südostasiatischen Raum (u.a. in Hongkong, Taiwan, Japan und Singapur) als besondere Delikatesse, sie werden zu „Haifischflossensuppe“ gekocht. Das Abschneiden von Flossen ist in vielen Ländern verboten, nicht jedoch die Nutzung des restlichen Haifisches. Das neue Umweltschutzgesetz in Palau verbietet nun explizit die Nutzung jeglichen Teil eines Hais.

Der Präsident von Palau, Tommy Remengesau, hatte im Mai des Jahres einige Aufmerksamkeit auf sich gezogen, als er in einer Art öffentlichen Protest gegen die Praxis des Haifischflossenfangs („shark finning“) einen Scheiterhaufen aus Flossen errichtete, die rund um Palau abgeschnitten worden waren. *„Wir können nicht immer nur über nachhaltige Entwicklung sprechen, wir haben auch eine Verantwortung gegenüber der internationalen Gemeinschaft zum Schutz unserer Ressourcen“*, so der Präsident in einem Interview mit der Zeitung „Guam Pacific Daily News“.

Bereits im Jahr 2001 wurde in Palau ein „Palau Shark Sanctuary Fund“ eingerichtet, um das Haifischflossenabschneiden einzudämmen. (<http://www.guampdn.com> 02.10.03, <http://www.animalpeoplenews.org/03/10/palauBansSharkhunting10.03.html>)

### **Starker Anstieg von Syphilis**

**Pohnpei:** Der Gesundheitsminister von Pohnpei (Föderierte Staaten von Mikronesien), Simao Nanpei, hat sich besorgt über die steigende Zahl von Syphilis-Erkrankungen im Staat geäußert. Während im Jahr 2002 im Zeitraum von Januar bis September 73 Personen an der Geschlechtskrankheit erkrankten, stieg die Zahl der Kranken in 2003 im gleichen Zeitraum auf 101 Personen. Das entspricht einer Steigerung von 38 %. Nanpei vermutet eine weitaus höhere Dunkelziffer in der sogenannten „Risikogruppe“ der Jugendlichen und der Menschen, die häufig ihre Sexualpartner wechseln. Das Gesundheitsamt von Pohnpei habe keine Möglichkeiten, Personen auf Syphilis zu testen, wenn diese nicht freiwillig ins Amt kämen, erklärte Nanpei. Oft gingen dem Amt auch die Medikamente zur Behandlung aus, Geld für den Ankauf großer Mengen der benötigten Medikamente sei nicht vorhanden.

Syphilis und andere sexuell übertragbare Krankheiten unterlägen in Pohnpei einem hohen Tabu. In den Familien werde nicht darüber gesprochen, junge Leute hätten keine Möglichkeit, sich zu informieren, erklärte der Gesundheitschef. Das Gesundheitsamt will nun eine Öffentlichkeitskampagne starten, um Jugendliche und junge Erwachsene über sexuell übertragbare Krankheiten und über Möglichkeiten des „safer sex“ aufzuklären. Man werde im vor vier Monaten eröffneten Kulturzentrum in Konia einen Jugendtreff einrichten, der sich speziell mit dieser Problematik beschäftigen solle, sagte Nanpei.

**Hintergrund:** Syphilis ist eine durch das Stäbchenbakterium *Treponema pallidum* hervorgerufene, in Deutschland meldepflichtige Geschlechtskrankheit, die beim Geschlechtsverkehr durch feine Haut- und Schleimhautverletzungen übertragen wird. Die Syphilis verläuft in vier charakteristischen Stadien, an-

steckend ist sie in den ersten beiden Stadien. Als Spätform der (unbehandelten) Syphilis treten bis zu 30 Jahre nach der Erstinfektion schwere Erkrankungen des Rückenmarks und des Gehirns auf. Syphilis kann von einer erkrankten Mutter auf den Fötus übertragen werden. Geheilt werden kann Syphilis in den ersten Stadien durch die Verabreichung von Antibiotika.

In Deutschland ist die Erkrankungsrate ausgesprochen niedrig, zeitweise galt die Syphilis hier sogar als ausgerottet. (<http://www.doccheck.de>, *Marianas Variety* 14.10.03, Anruf Dr. Kleinholz 10.11.03)

### **Diabetes-Gipfel warnt vor Übergewicht**

**Marianen:** Bei einer Tagung zu den Gefahren einer Diabetes-Erkrankung auf Saipan (Nördliche Marianen) erklärten Ernährungsexperten jedes dritte schulpflichtige Kind im „Commonwealth of the Northern Mariana Islands“ für übergewichtig. Lisa Benavente und Pat Coleman von der Hochschule der Nördlichen Marianen führen das Übergewicht auf die ungesunde Ernährung zurück. Die Kinder würden sich mit Chips, Süßigkeiten und künstlich hergestellten Fruchtsäften vollstopfen. Anhand von konkreten Beispielen erläuterten die Experten den Tagungsteilnehmern des „Gipfels zur Vorbeugung von Fettsucht, Bluthochdruck und Diabetes“ das ungesunde Verhältnis von Fett und Kalorien. Eine Flasche Soda (Fruchtsaft) enthalte 18 Teelöffel Zucker, ein Mittagessen aus Konserven oder aus der Packung enthalte einen Teelöffel Salz und 18 Teelöffel Fett. Die beiden Ernährungswissenschaftler zeigten am Rande des Gipfels in einer Art Kochkurs auch Beispiele für eine kalorien- und fettarme Ernährung.

Laut Statistiken sind mindestens 2.272 Menschen (von knapp 80.000 Einwohnern) auf den Nördlichen Marianen an Diabe-

tes als Folge ungesunder Ernährung erkrankt, davon 1.150 einheimische Chamorros und 252 Karoliner (Menschen der Karolinen-Insel). 50 % der Bevölkerung sei von einer Diabetes-Erkrankung bedroht. Damit liegen die Chamorros und die Karoliner an den Plätzen drei und vier im Weltvergleich aller Länder mit Diabetes-Erkrankungen. Die Redner des Diabetes-Gipfels beklagten neben der ungesunden Ernährung ebenfalls die Unsportlichkeit der Bewohner der Marianen. Durch eine gesunde Ernährung mit viel Fisch und einheimischem Obst und Gemüse sowie durch mehr Sport würde man einen Großteil der Diabetes-Erkrankungen verhindern können, erklärten die Wissenschaftler. Die importierte Nahrung enthalte zu viel ungesundes Fett und zu große Mengen Salz.

Am 14. November, dem „Diabetes Welttag“, warnte die Weltgesundheitsorganisation WHO vor einer Verdopplung der Zahl der Erkrankten in Entwicklungsländern in den nächsten 30 Jahren. Für das Jahr 2000 schätzte die WHO die Zahl der Erkrankten auf 115 Millionen Menschen, heuer leiden 171 Millionen an Diabetes und im Jahr 2025 werden 284 Millionen Menschen an Zucker erkrankt sein. Einer von 20 Menschen stirbt nach WHO-Schätzungen an Diabetes. Zur Vorbeugung der Zuckerkrankheit entwickelt die WHO zur Zeit ein globales Programm zur gesunden Ernährung und sportlichen Betätigung.

Für die Region „Western Pacific“ hat die WHO auch die Kosten für die Behandlung von Diabetes bekannt gegeben: 16 % der Gesamtbehandlungskosten in den Krankenhäusern werden für Diabetes-Behandlungen aufgewendet. In den Marshall-Inseln belaufen sich die Kosten gar auf 25 %. In Fiji werden 20 % der Auslandsbehandlungskosten für Diabetes aufgewendet, da es dort keine geeigneten Behandlungsmöglichkeiten zur Versorgung

von Diabeteskranken gibt und diese ins Ausland ausgeflogen werden müssen. (*Saipan Tribune* 19.10.03, *Pressemitteilung WHO* 14.11.03, <http://www.who.int/mediacentre/factsheets/fs236/en/>)

## **Saipan wieder sauber**

**Marianen:** Das Pionierkorps der US Armee (*US Army Corps of Engineers*) hat die Endreinigung der durch Polychlorbiphenyle (PCB) verunreinigten Insel Saipan für abgeschlossen erklärt. Im August 2000 hatte das Korps ein Gebiet im Hafen Tanapag an der Westküste von Saipan in Besitz genommen, um dort mehr als 40.000 Tonnen mit PCB verseuchter Erde in verschlossenen Containern zu lagern und die Erde nach und nach zu säubern.

Polychlorbiphenyle ist eine stark umweltschädliche und giftige chemische Verbindung für Isolier- und Hydraulikflüssigkeiten. Sie soll Krebs erzeugen und auch gesundheitliche Auswirkungen auf die Haut, die Leber, das Immun- und Fortpflanzungssystem haben.

Im Zweiten Weltkrieg hatte das Militär auf Saipan und anderen Inseln der Marianen PCBs für den Betrieb elektronischer Transformatoren benötigt. Die Transformatoren waren nach Ende des Krieges abgebaut worden, die verseuchte Erde hatten die Amerikaner jedoch zurückgelassen. Die Entseuchung der Insel hat die US Armee rund 20 Millionen US Dollar gekostet. (*Marianas Variety* 23.10., *Radio Australia* 23.10.03, [http://www.greenpeace.org.au/toxics/media\\_detail.html?site\\_id=10&news\\_id=98](http://www.greenpeace.org.au/toxics/media_detail.html?site_id=10&news_id=98))

## **Kiribati erkennt Taiwan an**

**Kiribati:** Die Republik Kiribati hat Anfang November Taiwan als eigenen Staat anerkannt. Eine

Sprecherin des chinesischen Außenministeriums zeigte sich empört über diesen Schritt und äußerte ihren Protest. Zuvor hatte der chinesische Botschafter auf Kiribati, Ma Shuxue, erklärt, dieser Schritt gefährde die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Kiribati stark. Taiwan praktiziere eine „skrupellose Diplomatie des Geldes“, die Anerkennung durch Kiribati sei durch Gelder erkaufte worden. Dem widersprach Taiwan in einer Meldung der ‚Australian Associated Press‘.

Ein diplomatischer Vertreter Taiwans (Chen Shih-liang) hat sich mittlerweile in Kiribati niedergelassen. Damit ist Kiribati zur Zeit das einzige Land der Welt, in dem es eine chinesische und eine taiwanesishe Botschaft gibt. Die Botschaftsgebäude stehen in Sichtweite voneinander in Tarawa.

*Hintergrund:* Die Republik China (Taiwan) besteht seit 1949. 1971 wurde jedoch die Regierung der Volksrepublik China von den Vereinten Nationen als einzige legitime Regierung Chinas anerkannt, was faktisch den Ausschluss Taiwans bedeutete. Daraufhin brachen viele Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan ab. Taiwan ist nach dem offiziell geltenden Selbstverständnis seiner Staatsführung die „Republik China“. Die Regierung der Volksrepublik China betrachtet ihrerseits Taiwan als abtrünnige Provinz und Teil ihres Staatsgebiets. Jahrzehntlang gab es keinerlei Kontakte zwischen den beiden Staaten. Diese Politik strikter Nichtanerkennung ist seit den 80-iger Jahren von beiden Seiten schrittweise aufgelockert worden. Es bestehen vielfältige inoffizielle Kontakte, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet. Jedoch bricht China normalerweise weiterhin jegliche diplomatische Beziehung zu Ländern ab, die Taiwan als eigenen Staat anerkennen.

Im Fall Kiribati kann sich China nicht so einfach aus dem Land zurückziehen, da sich dort eine wichtige Beobachtungsstation für die Raumfahrt befindet. Als kürzlich China das erste bemannte Raumschiff mit einem chinesischen Astronauten an Bord ins All schickte, lief ein Großteil der Mission über die pazifische Insel. Insgesamt haben fünf pazifische Staaten Taiwan als Staat offiziell anerkannt, weltweit sind es 26 Staaten, darunter in Europa der Vatikan-Staat. ([www.wissen.de](http://www.wissen.de), *ABC* 07.11., *Radio New Zealand* 10.11.03, *Flash d'Océanie* 13.11.03, *Tahitipresse* 17.11.03)

## **Taifun verwüstet Atoll**

**Mikronesien:** Am 24. November zerstörte der Taifun Lupit das Atoll Ulithi in den Föderierten Staaten von Mikronesien. Die rund 700 Bewohner des Atolls konnten sich in Sicherheit bringen, weil der meteorologische Frühwarndienst für Wirbelstürme auf Hawai'i den Taifun vorhergesagt hatte.

Taifun Lupit raste mit einer Geschwindigkeit zwischen 194 und 240 km/h über die Inseln. Zehn Meter hohe Wellen überspülten die Küsten. Die Einwohner hatten sich auf den jeweils höchsten Punkten der Inseln in Betongebäuden verschanzt.

Das Atoll Ulithi besteht aus 49 kleineren Inseln, die eine Gesamtfläche von 4,5 Quadratkilometern haben. Der höchste Punkt des Atolls liegt fünf Meter über der Meeresoberfläche.

Der Taifun wanderte von Ulithi weiter über die Atolle Woleai und Fais in Yap und überspülte diese vollständig. Die Gärten der Bewohner – und damit die Erntewurden zerstört, die unterirdische Trinkwasserlinse unter den Atollen mit Salzwasser gefüllt und so ungenießbar. Inzwischen ist die Katastrophenhilfe für die Menschen in Ulithi angelaufen. Ein Arzt, Medikamente und 100 Hähnchen, eine Spende der Su-

permarktkette Cost-U-Less, wurden bereits nach Ulithi geflogen. Die „Federal Emergency Management Agency“ wird 75 Container mit Medikamenten auf die Atolle transportieren. (*Le portail des mers* 25.11.03, *Pacific Daily News* 27.11.03)

## POLYNESIEN

### „Ärzte ohne Grenzen“ untersucht Atomtestopfer

**Französisch-Polynesien:** Die Mitglieder der Atomtestveteranenvereinigung „Moruroa e Tatou“ (Moruroa und Wir) in Französisch-Polynesien werden zur Zeit von einer Ärztin der privaten medizinischen Nothilfeorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ untersucht. Der Generaldirektor von „Ärzte ohne Grenzen“, Dr. Michel Bruguière, stellte dazu seine Kollegin Dr. Agnès Blancho vor. Bruguière erklärte, Frau Dr. Blancho sei nicht nach Tahiti gekommen, um zu heilen, sondern um bei ehemaligen Atomtestarbeitern Symptome von Verstrahlung zu diagnostizieren.

Ziel der Untersuchungen ist die Erbringung eines wissenschaftlich fundierten Nachweises über die gesundheitsschädigende Wirkung der französischen Atomtests auf den Atollen Moruroa und Fangataufa in den Jahren 1966 bis 1996. „Moruroa e Tatou“ will mit Hilfe der Testergebnisse beweisen, dass die Veteranen aufgrund ihrer Beteiligung an den Atomtests an Krankheiten leiden, die zum großen Teil durch radioaktive Strahlung ausgelöst werden, wie etwa Schilddrüsen- oder Blutkrebs.

Seit Dezember 2003 kooperiert „Moruroa e Tatou“ auch mit der Universität Massey in Neuseeland. Unter Leitung von Professor Al Rowland begutachtet die Universität Blutproben von A-

tomtestveteranen aus Französisch-Polynesien. Ziel der Untersuchungen ist ebenfalls der Nachweis, dass radioaktive Verstrahlung zu genetischen Schäden beim Menschen führt, etwa Unfruchtbarkeit oder das Gebären behinderter Kinder („Qualenbabies“). Professor Rowland führte bereits ähnliche Untersuchungen an neuseeländischen Atomtestveteranen durch. Erste Ergebnisse der Bluttests werden für Ende 2004 erwartet. (*Oceania Flash* 30.10.03, [www.aerzte-ohne-grenzen.de](http://www.aerzte-ohne-grenzen.de), *Tahitipresse* 12.11.03)

### Minister entlassen

**Französisch-Polynesien:** Der Territorialpräsident von Französisch-Polynesien, Gaston Flossé, hat Anfang November sein Kabinett neu strukturiert. Er entließ die Tourismusministerin Brigitte Vanizette, die Fischereiministerin Nina Vernaudon und die Ministerin für Familie und Frauen, Pia Faatomo.

Zum neuen Tourismusminister wurde der erst 28-jährige Teva Rohfritsch ernannt, der Neffe der Sprecherin der Territorialversammlung Lucette Taero. Die 50-jährige Patricia Grand wurde Fischereiministerin. Sie ist Parteimitglied in Gaston Flossés Partei „Tahoeraa Huiraatira“. Die 43-jährige Emma Algan wurde neue Familien- und Frauenministerin. Sie verfügt über eine 20-jährige Berufserfahrung im Referat für soziale Angelegenheiten. (*Oceania Flash* 04.11.03, <http://www.presidence.pf>)

### Vereinsgründung zur Bewahrung von Tradition

**Französisch-Polynesien:** Mitte November wurde in Tahitis Hauptstadt Pape'ete ein „Verein traditioneller Gesänge“ gegründet. „Aupupu himene Tumufenua“ vereinigt verschiedene Chöre und Gesangsvereine unter einem Dach. Ziel des Vereins mit Sitz im „Haus der Kulturen“ in Pape'ete ist die Bewahrung des

traditionellen Liedgutes der Polynesier. Iris Teai, die Vizepräsidentin des Vereins, erklärte, traditionelle Gesänge verschwänden immer mehr aus der Öffentlichkeit. Viele junge Menschen seien des Tahitianischen nicht mehr mächtig, könnten also die Liedtexte weder verstehen noch singen, oder interessierten sich nicht für das Singen in Gesangsvereinen und Chören. Ziel des Vereins ist die Bewahrung, Weitergabe und Weiterentwicklung traditioneller Lieder und Gesänge wie etwa des „ru'au“, des „ute“ oder des „pata'uta'u“, sowie auch die Übertragung von alterhergebrachten Texten in die moderne Zeit. (*Tahitipresse* 17.11.03)

### Dorf entschuldigt sich für Kannibalismus

**Fiji:** Der Chef des Dorfes Nabu-Tautau im Distrikt Navatusila auf der Insel Viti Levu, Ratu Filimoni Nawawabalevu, und die Dorfgemeinschaft haben sich öffentlich bei Angehörigen für einen vor 136 Jahren begangenen Akt des Kannibalismus entschuldigt.

Am 21. Juli 1867 hatte der damalige Dorfchef den 35-jährigen Pfarrer Thomas Baker von der protestantischen „London Missionary Society“ töten und essen lassen. Pfarrer Baker hatte zuvor einen Kamm aus dem Haar des Dorfchefs gezogen. Traditionell ist das Berühren der Köpfe von fijianischen Dorfchefs verboten. Das Verbot gilt bis heute.

An der traditionellen Versöhnungsfeier „Matanigasau“ (dt: Die große Entschuldigung) im Dorf nahm u.a. der in Brisbane lebende Dennis Russell, ein Nachfahre Bakers, sowie ein gutes Dutzend weiterer Familienangehöriger teil. Im Verlauf der Feier, die einige christliche Elemente (Gottesdienst) mit traditionellen Elementen (Übergabe von Geschenken, Reden) verband, wurde erneut die tragische Geschichte erzählt: Man habe alles bis auf die Stiefel gegessen, so der Erzähler. Tatsächlich

befinden sich die ungenießbaren Sohlen der Stiefel sowie die traditionelle Holzgabel, die zum Verzehr benutzt wurde, im fijianischen Nationalmuseum in der Hauptstadt Suva.

An der Feier nahmen Repräsentanten des Großen Rates der Dorfoberhäupter ebenso teil wie der fijianische Präsident Ratu Josefa Iloilo, Premierminister Laisenia Quarase und Würdenträger der charismatischen, pfingstlerischen und methodistischen Kirchen. Der Zusammenschluss dieser kirchlichen Gemeinschaften hatte die Feier organisiert.

Die Dorfgemeinschaft hatte sich zu der Versöhnungsfeier entschlossen, weil man annahm, dass das Dorf für die Tat der Vorfahren mit einer Art Fluch belegt war. Filimoni Nawawabalevu erklärte, sein Dorf sei abgeschieden von den Entwicklungen in der Welt. Es gäbe keine Straßen, keine Schulen und keine Elektrizität. Man erhoffe sich nach der Versöhnungsfeier einen wirtschaftlichen Aufschwung.

Pfarrer Baker ist eines der wenigen, durch die Archive der London Missionary Society nachgewiesenen, Opfer von Kannibalismus durch Fijianer an Europäern. Im Volksmund war Fiji jedoch noch bis ins 20. Jahrhundert als „Kannibaleninsel“ (Cannibal Islands) bekannt. (AFP 14.10., BBC News 14.10., Fiji Television, Flash d'Océanie 13.11.03, Email M. Ernst aus Suva 17.11.03)

### **EU hebt Sanktionen auf**

**Fiji:** Die Europäische Union (EU) hat am 17. November die Sanktionen gegen die Republik Fiji zum sofortigen Zeitpunkt „ohne weitere Einschränkungen“ aufgehoben. Das gab Poul Nielson bekannt. Die Entwicklungshilfe der EU für Fiji beläuft sich für den Zeitraum 2003- 2007 auf 23,1 Millionen Euro, die im Rahmen des Neunten Europäischen

Entwicklungsfonds vergeben werden. Die Entwicklungshilfgelder sollen vor allem für eine nachhaltige Versöhnung zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen auf dem Land benutzt werden. Dazu gehört auch der Aufbau eines funktionierenden Ausbildungs- und Weiterbildungssystems für alle Bevölkerungsgruppen in den weniger entwickelten Landesteilen.

Die EU hatte die Hilfgelder im Oktober 2000 aufgrund des Putschs vom Mai 2000 durch George Speight und das folgende politische Hickhack eingefroren. Möglich wurde die Freigabe der Gelder nun durch ein Urteil des Obersten Gerichtes von Fiji im Sommer 2003, das gemäß der Verfassung von 1997 gefällt wurde und sich auf die Bildung des Kabinetts bezog (*die pazifik aktuell berichtete in Nr. 57*). Frans Baan, der Vertreter der Europäischen Union in Fiji, sagte, die Vergabe der Gelder sei aber nicht an die Vorgabe gebunden, ein Multi-Parteien-Kabinett zu bestellen. Man werde zwar die politische Entwicklung weiter beobachten, diese sei aber irrelevant für die Ausschüttung der Gelder. (Pressemitteilung der EU vom 17.11.03, <http://europa.eu.int>, Flash d'Océanie 18.11.03, Radio New Zealand 19.11.03)

### **Froschplage in Hawai'i**

**Mau:** Eine wahre Froschplage auf der Insel Maui (Hawai'i) hat das „Maui Invasive Species Committee“ auf den Plan gerufen. Teya Penniman, die Koordinatorin des Zusammenschlusses privater Agenturen und staatlicher Behörden, sagte, bevor man an eine Ausrottung des Frosches denke, müsse man zunächst die Aufenthaltsorte der Frösche ermitteln. Stein des Anstoßes auf allen Inseln des hawaiianischen Archipels ist der Coqui- Baumfrosch (lat. *Eleutherodactylus coqui*), der ursprünglich aus Puerto Rico

stammt und wahrscheinlich als „blinder Passagier“ in einer Schiffsladung mit tropischen Pflanzen aus der Karibik in den Pazifik kam. Der kleine braungrüne dicke Frosch vermehrte sich sprunghaft, da er vor Ort keine Fressfeinde hat. Die hohe Anzahl der Frösche ist für die menschlichen Bewohner der Inseln nicht so schlimm wie sein Gequake. Das laute „Ko-KEE“ des männlichen Frosches kann bis zu 100 Dezibel (siehe dazu *Hintergrund*) erreichen. Die Frösche halten sich mit Vorliebe in Zierpflanzen auf, die vor allem für die Anlage von Gärten und Grünanlagen in Neubaugebieten genutzt wurden. Die Anwohner der Häuser fühlen sich durch den Lärm belästigt. Das „Invasive Species Committee“ ermittelt zur Zeit durch Feldforschung die Aufenthaltsorte der Frösche. Bisher wurden auf Maui 40 verschiedene Orte gezählt. Der Frosch und sein Laich lässt sich durch das Besprühen mit Zitronensäure töten, ohne dass die Pflanzen Schaden nehmen. Gemeinsam mit dem Landwirtschaftsministerium will das Komitee nun das Zitronensäurespray an Hausbesitzer verteilen, damit diese gegen die lauten Frösche vorgehen können.

Auf seiner Internetseite widmet sich das Tropenwissenschaftliche Institut an der Universität von Manoa ausführlich dem Coqui- Baumfrosch. Unter der Überschrift „Control for Coqui frogs in Hawai'i“ können Besucher der Seite sich über Aussehen, Lebenszyklus und Kontrollmöglichkeiten informieren.

*Hintergrund:* Die Deutsche Tininitus-Liga definiert wie folgt: Als schädigend gilt Lärm, der das Gehör so schädigt, dass ein bleibender Gehörschaden entsteht. Gehörschädigende Wirkung hat Lärm immer dann, wenn er 90 Dezibel überschreitet, bei langfristiger Einwirkung oder bei erhöhter Empfindlichkeit des Hörorgans infolge von Vorschädigungen auch schon ab 85

dB. Störender Lärm ist jedes Geräusch, das unangenehm empfunden wird. Die Störwirkung hängt ab von der jeweiligen individuellen Situation, nicht von der Lautstärke. Störender Lärm kann auch zu Gesundheitsstörungen führen, wenn er ständig auftritt. (*The Maui News* 03.10.03, <http://www.tinnitus-liga.de/lexikon.htm>, <http://www.ctahr.hawaii.edu/coqui/>)

## **Erstmals Frau gewählt**

**Fiji:** Erstmals seit ihrer Gründung hat die „South Pacific Geoscience Commission“ (SOPAC) im Rahmen ihrer Generalversammlung vom 19. bis zum 27. September 2003 auf der Insel Niue eine Frau zur Vorsitzenden gewählt. Die 39-jährige Fijianerin Cristelle Pratt ersetzt zum 1. Januar 2004 den Fijianer Alfred Simpson. Frau Pratt setzte sich in geheimen Wahlen gegen drei männliche Bewerber durch. Sie ist seit drei Jahren bei der SOPAC beschäftigt.

*Hintergrund:* Die SOPAC ist eine regionale pazifische Organisation, die sich der nachhaltigen Entwicklung von natürlichen Ressourcen in ihren 16 Mitgliedsländern widmet, um so die „Verletzlichkeit“ kleiner Inselstaaten zu verringern. Die SOPAC arbeitet in drei Themenbereichen: Entwicklung der natürlichen Ressourcen, Umweltschutzprogramme und Aufbau von Kapazitäten (*capacity building*). (*Flash d'Océanie* 29.09.03, <http://www.sopac.org>, *Sopac News* 05.11.03)

## **HAWAI'I**

Anmerkung der Redaktion: Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Lorenz Gonschor, zur Zeit Student an der Universität von Maunaloa (Honolulu, O'ahu).

## **Tausende demonstrieren für Gerechtigkeit**

Am 7. September erlebte Hawai'i seine seit Jahren größte Demonstration. Zwischen 5.000 und 10.000 Personen (andere Schätzungen sagen sogar 20.000) marschierten in Waik\_k\_, dem Strandviertel von Honolulu, unter dem Motto „K\_ i ka pono“ (Steh auf für Gerechtigkeit). Organisatoren waren die 'lio'ulaokalani-Koalition, eine Vereinigung verschiedener kultureller Aktivisten, das staatliche Office of Hawaiian Affairs (OHA) sowie zahlreiche staatliche und private Institutionen und Vereinigungen.

Gemeinsames Ziel der Demonstranten war es, die Einheit aller Hawaiianer zu bestärken und gegen verschiedene laufende Gerichtsverfahren zu protestieren, die alle Sozialprogramme zugunsten der indigenen Hawaiianer bedrohen. Mehrere rechtsradikale amerikanische Siedler haben gegen OHA und andere Institutionen geklagt, mit dem Argument, diese Sozialprogramme würden Nicht-Hawaiianer „rassisch diskriminieren“ und damit die US-Verfassung verletzen. Zwei andere Gerichtsklagen richten sich gegen die private Kamehameha-Schule, die nur hawaiianische Schüler aufnimmt, was von den Klägern ebenfalls als „rassisch diskriminierend“ angesehen wird.

Die Demonstranten trugen rote T-Shirts als Symbol ihres hawaiianischen Blutes, sowie in Erinnerung an einen Aufstand der Hawaiianer im Jahre 1889 gegen die Dominanz amerikanischer Siedler, dessen Teilnehmer damals rote Hemden trugen. Viele führten hawaiianische Flaggen mit sich, manche davon verkehrt herum als Zeichen der Not, in der sich ihre Nation befindet. Überraschenderweise nahmen auch die republikanische Gouverneurin Linda Lingle und der Vizegouverneur Duke 'Aiona, sowie weitere Vertreter des US-Staates Hawai'i an der Demonstration teil. Gouverneurin Lingle begründete ihr Eintreten für die Rechte der Hawaiianer

mit den Worten „Was für die Hawaiianer gut ist, ist gut für ganz Hawai'i“.

„Es geht nicht um Rasse, sondern um Gerechtigkeit“ war auf vielen Transparenten zu lesen, womit gemeint ist, dass die umstrittenen Programme die soziale Benachteiligung der Einheimischen ausgleichen sollen und nichts mit rassistischer Diskriminierung zu tun haben.

Über die Ablehnung der genannten Gerichtsklagen hinaus sind sich die verschiedenen hawaiianischen Organisationen allerdings höchst uneinig. OHA und andere Agenturen des Staates Hawai'i sowie viele private Organisationen und Individuen unterstützen die nach Hawai'is Senator in Washington „Akaka Bill“ genannte Gesetzesvorlage, die den indigenen Hawaiianern den gleichen Status wie den amerikanischen Indianern als indigenes Volk der USA geben soll, womit die Sozialprogramme zugunsten von Hawaiianern gegen künftige Verfassungsbeschwerden geschützt werden könnten. Viele andere lehnen dagegen den Akaka Bill ab, weil dieser ihrer Meinung nach die Zugehörigkeit Hawai'is zu den USA festigen und damit eine mögliche Unabhängigkeit ganz Hawai'is erschweren würde.

Am 16. November, dem Geburtstag des Königs Kal\_kaua (1836-1891), kam es erneut zu einer Großdemonstration mit mindestens 500 Teilnehmern, die vom königlichen Mausoleum zum 'Iolani-Palast in der Innenstadt von Honolulu und weiter zum Gerichtsgebäude zogen. Am Tag darauf entschied der Distrikrichter Alan Kay in einem der Prozesse gegen die Kamehameha-Schule zugunsten der Schule. Damit ist allerdings noch nichts endgültig entschieden, da die Kläger vermutlich in einer höheren Instanz Berufung einlegen werden. (*Augenzeugnis der Demonstrationen, Honolulu Advertiser, Honolulu Star-Bulletin, Ka Wai Ola o OHA, The 'Oiwai Files*)

## **Präsident Bush zu Besuch in Hawai'i.**

Nachdem Frankreichs Präsident Jacques Chirac im Juli die Pazifikbesitzungen seines Landes besuchte, hat es ihm sein amerikanischer Amtskollege nun gleich getan: Auf der Rückreise von mehreren Staatsbesuchen in asiatischen Ländern besuchte George W. Bush am 23. Oktober erstmals Hawai'i. Neben den obligatorischen Zeremonien in der Gedenkstätte von Pearl Harbor und anderen Protokoll-Aktivitäten traf Bush auch mit zahlreichen Regierungschefs pazifischer Staaten zusammen, die im Zuge der „Pacific Conference of Leaders“ in Honolulu versammelt waren (eine weitere Parallele zu Chirac, der in Tahiti ebenso mit den Regierungschefs der Pazifikstaaten konferierte).

Bushs Besuch wurde von zahlreichen Protesten begleitet. Vor dem Hilton-Hotel in Waik\_k\_, in dem Bush die finanzielle Elite Hawai'is zu einer Sponsorengala für seinen nächsten Wahlkampf geladen hatte, demonstrierten mehrere hundert Leute, vor allem aus den Reihen der Gewerkschaften und der Friedensbewegung, gegen die Politik der Bush-Regierung, insbesondere den Irak-Krieg. Die hawaiianische Unabhängigkeitsbewegung war dagegen kaum präsent. Auch äußerte sich Bush nicht zum Thema hawaiianische Souveränität, obwohl Gouverneurin Linda Lingle im Vorfeld angekündigt hatte, Bush in diese Richtung beeinflussen zu wollen. *(Augenzeugnis der Proteste vor dem Hotel, Honolulu Star-Bulletin, Honolulu Advertiser, Honolulu Weekly)*

### **Verhaftungen bei Protesten gegen Ausweitung der US-Militärpräsenz in Hawai'i**

Der 78-jährige hawaiianische Unabhängigkeitsaktivist Kekuni Blaisdell sowie mehrere Mitstreiter wurden Ende Oktober wegen „kriminellen Hausfriedensbruchs“ verhaftet, weil sie bei einer öffentlichen Anhörung, die das US-Militär zur Ausweitung seiner Stützpunkte in Hawai'i abgehalten hatte, verboteenerweise Schilder und Transparente mit sich geführt hatten.

Im Zuge ihres „Antiterrorkrieges“ möchten die USA ihre Militärpräsenz in Hawai'i weiter ausbauen. Unter anderem ist die Stationierung von 310 „Stryker“-Schützenpanzern geplant. Für das Training mit diesen soll die Landfläche mehrerer Militärinstallationen ausgeweitet werden, insbesondere das riesige Trainingsgelände P\_hakuloa auf der Insel Hawai'i. Kritiker meinen, dass das US-Militär auf den dichtbesiedelten Inseln bereits mehr als genug Land kontrolliere (allein auf der Hauptinsel O'ahu ist ca. ein Viertel der Landfläche Militärgebiet). Um Proteste möglichst gering zu halten, hielt das Militär die Anhörungen auf abgelegenen privaten Einrichtungen, Golfclubs und Hotels, ab und verbot den Besuchern das Mitführen von Transparenten, erreichte damit aber genau das Gegenteil, denn durch die Verhaftungen wurde das Interesse der Medien erst richtig geweckt. Nachdem die Aktivisten nach Zahlung einer Kaution freigelassen worden waren, wiederholte sich das Schauspiel bei einer weiteren Anhörung, bis das Militär schließlich das Verbot von Transparenten aufhob und die weiteren Anhörungen vergleichsweise unspektakulär verliefen. *(Honolulu Star-Bulletin, Honolulu Advertiser)*

### **Rückgabe der Insel Kaho'olawe**

Am 12. November wurde in einer feierlichen Zeremonie vor dem 'Iolani-Palast in Honolulu die Insel Kaho'olawe von der US-

Marine an den Staat Hawai'i übergeben. Die unbewohnte Insel hat als Heiligtum des Meeresherrn Kanaloa große spirituelle Bedeutung, weshalb es dort zahlreiche heilige Stätten gibt. Während des Zweiten Weltkriegs wurde Kaho'olawe von der US-Marine beschlagnahmt und danach viele Jahrzehnte lang als Bombenabwurfziel verwendet, wodurch die Natur und die archaischen Stätten der Insel großen Schaden nahmen. Ab den 70er Jahren setzten sich hawaiianische Aktivisten mit spektakulären Landungen auf der Insel für den Stopp des Bombardements ein. Kaho'olawe wurde zum Symbol des Widerstandes der Hawaiianer. 1990 stoppte die US-Regierung schließlich die Bombardierung und 1993 wurde vereinbart, die Insel 2003 an den Staat Hawai'i zurückzugeben. In der Zwischenzeit sollte die Marine mit einem Budget von 460 Mio. US \$ die Insel von Blindgängern und anderem Militärschrott säubern. Es ist vorgesehen, dass die Insel am Ende Teil eines noch zu gründenden indigenen hawaiianischen Staatswesens werden soll und eventuell wieder besiedelt wird.

Kritiker bemängeln allerdings, dass die Marine trotz des großzügigen Budgets bisher nur einen Teil der Insel gesäubert hat und außerdem das US-Militär seine Basen in Hawai'i an anderer Stelle massiv ausbaut, wofür neues Land (mit einer größeren Fläche als die Insel Kaho'olawe) in Beschlag genommen werden soll. *(Augenzeugnis der Zeremonie, Honolulu Advertiser, Honolulu Star-Bulletin)*

## **AUSTRALIEN**

### **WWF schützt Great Barrier Reef**

Der World Wide Fund for Nature-Australien hat Ende Oktober einen Plan zum Erhalt des größten Korallenriffs der Erde vorgestellt. Ziel ist es, die bisherigen als „besonders geschützt“ ausgewiesenen 4,6 % Flächen des Marinenationalparks „Great Barrier Reef“ auf 32,5 % zu steigern. Das WWF-Programm sieht unter anderem vor, bestimmte Gebiete innerhalb des Nationalparks unter besonderen Schutz (Green Zone) zu stellen, z.B. die Bucht Princesse Charlotte und die Insel Hinchinbrook. In Princess Charlotte leben vom Aussterben bedrohte Schildkröten, auf Hinchinbrook befindet sich eine der landschaftlich reizvollsten Gegenden des gesamten Kontinents. Auch die Missionary Bucht soll unter besonderen Schutz gestellt werden. Hier ist Freizeitangeln erlaubt, obwohl dort seltene Seekühe weiden. Der WWF-Plan sieht auch die Einrichtung sogenannter „No go“-Zonen vor, in denen Wissenschaftler ungestört von Besuchern die Flora und Fauna des Riffs erforschen können. Auch das Befahren der Riffküsten mit Booten soll eingeschränkt werden.

Das Riff vor der Ostküste Australiens (Bundesstaat Queensland) ist Heimat von 30 verschiedenen Meeressäugtieren. Sechs der insgesamt sieben vom Aussterben bedrohten Schildkrötenarten leben dort ebenso wie 1.500 Arten von Fischen und ein Drittel der weltweit vorhandenen Korallen.

1,6 Millionen Touristen besuchen jährlich das Great Barrier Reef. Der Tourismus ist mit 47.660 Arbeitsplätzen größter Arbeitgeber der Region. (WWF-Australia 24.10.03)

### **Hanson wieder frei**

Die Gründerin der rechten Partei „One Nation“, Pauline Hanson, ist wieder auf freiem Fuß. Drei Richter des Berufungsgerichts entschieden die Freilassung von Hanson und ihrem Parteigenos-

sen David Ettridge und verboten jede weitere Anklage. Hanson war im August des Jahres von einem Gericht in Brisbane zu drei Jahren Haft u.a. wegen Wahlbetrugs verurteilt worden. Bei den Wahlen 1998 im Bundesstaat Queensland hatte Hanson die Größe ihrer Partei vor der Wahlkommission mit 500 Mitgliedern angegeben. Später hatte sich herausgestellt, dass es sich nicht um ordentliche Mitglieder (als Parteimitglieder ins Register eingetragene Menschen), sondern nur um eine Unterstützerguppe handelte. Der Berufungsrichter erklärte nun in seinem Urteil, alle vorgelegten Beweise ergäben, dass die 500 Leute sowohl Unterstützer als auch eingetragene Parteimitglieder seien. Eine Verurteilung wegen Wahlbetrugs sei damit hinfällig. Hanson bedankte sich nach ihrer Freilassung bei den 4.000 Menschen, von denen sie im Gefängnis ermutigende Briefe bekommen hatte. (Times online 06.11.03)

### **21 Flüchtlinge akzeptiert**

Die australische Regierung hat 21 afghanischen und irakischen Flüchtlingen ein Aufenthaltsrecht für drei Jahre gewährt. Die Flüchtlinge aus dem Flüchtlingslager Nauru durften im September nach Brisbane ausreisen. Sie gehörten zu einer Gruppe von 433 Menschen, die als „Tampa-Flüchtlinge“ bekannt geworden waren. Im Oktober 2001 waren die Flüchtlinge im Rahmen der „pazifischen Lösung“ auf die Phosphatinsel Nauru gebracht worden. Nach Berichten australischer Medien befinden sich unter den derzeit noch 314 Flüchtlingen auf Nauru rund 50 Personen, denen im Rahmen eines sogenannten „Schutzvisums“ ein Aufenthalt für drei Jahre in Australien gewährt werden könnte. (The Age, 02.09., Flash d'Océanie 03.09., Radio New Zealand 31.10.03)

### **Howard benennt neue Minister**

Ende September hat der australische Premierminister John Howard sein Kabinett umstrukturiert. Der Einwanderungsminister Philip Ruddock wurde zum Justizminister ernannt. Nachfolgerin im Amt wurde Amanda Vanstone, die bis dato als Ministerin für Familie und Kommunikation verantwortlich zeichnete. Vanstone ist außerdem für „multikulturelle und indigene Angelegenheiten“ zuständig.

Neuer Chef im Ministerium für Kommunikation ist Daryl Williams, der bis dahin Justizminister war. Howard bezeichnete die Umstrukturierungen als „Verjüngung und Generationenwechsel“. Er habe dabei schon die Wahlen im Jahr 2005 im Blick gehabt, erklärte der Premier. (Flash d'Océanie 29.09.03, <http://www.aph.gov.au/library/parl/40/ministry/ministry.htm>)

### **Neue Botschafter ernannt**

Der australische Außenminister Alexander Downer hat Ende Oktober neue Botschafter für zwei pazifische Inselstaaten berufen. Für die Salomon-Inseln bestellte er ab Januar 2004 Patrick Cole zum Botschafter. Cole ist verheiratet und hat drei Kinder. Seit 1979 in diplomatischen Diensten, war er zuvor in Rangoon, Stockholm und Genf stationiert.

Der neue australische Botschafter für Samoa ist Philip Allars, ebenfalls verheiratet mit drei Kindern. Allars war zuvor Botschafter in Kiribati, Papua-Neuguinea und in Ägypten. (Flash d'Océanie 29.10.03)

### **Australier mit „Oskar“ der Chormusik geehrt**

Der Australier Stephen Leek ist mit dem renommierten „Robert Edler“ Preis für Chormusik aus-

gezeichnet worden. Als Komponist, Dirigent, Förderer und künstlerischer Motivator steht Leek seit 20 Jahren an vorderster Front in der Entwicklung der musikalischen Tradition des fünften Kontinents. Er kreierte einen neuen Stil, der verschiedene

Elemente und Themen Australiens unter dem Einfluss der Musik der Aborigines zu vielseitigen und modernen Klangerlebnissen zusammenführte. Der Komponist verbinde die Klänge der Alten und der Neuen Welt in einzigartiger Weise, heißt es in der Presserklärung anlässlich der Preisverleihung in Heilbronn.

Stephen Leek (Jahrgang 1959) lehrt zur Zeit Komposition und Improvisation am Konservatorium in Queensland. Er ist künstlerischer Leiter von „The Australian Voices“, einer Gruppe mehrfach preisgekrönter junger Chormusiker.

Mit 7.500 € ist der Robert Edler-Preis für Chormusik die höchst dotierte Auszeichnung für außergewöhnliche Verdienste in dieser Musikgattung, also quasi der „Oskar“ der Chormusik. Gestiftet wurde der Preis vor fünf Jahren von der Witwe des Heilbronner Chorkomponisten Robert Edler und dem TONOS Musikverlag aus Darmstadt. (*Pressways PR 28.10.03*, <http://www.theaustralianvoices.com.au/stephen.htm>)

## NEUSEELAND

### **Zusammenführung der Tampa-Flüchtlinge**

Familienangehörige von 131 afghanischen und pakistanischen Flüchtlingen dürfen aus Afghanistan nach Neuseeland immigrieren. Das gab die Zeitung „The New Zealand Herald“ Anfang Oktober bekannt. Neuseeland

hatte vor knapp zwei Jahren 131 von insgesamt 433 Flüchtlingen Asyl gewährt. Die Flüchtlinge hatten Schmuggler bezahlt, um sie auf einem Schiff von Indonesien nach Australien zu bringen. Das marode und überladene Schiff war gesunken, die illegalen Einwanderer wurden von dem norwegischen Frachtschiff „Tampa“ gerettet. Die australische Regierung verweigerte den Flüchtlingen jedoch die Aufnahme und schickte sie im Rahmen der „pazifischen Lösung“ in Flüchtlingslager auf die pazifischen Inseln Manus (Papua-Neuguinea) und Nauru.

Neuseeland hatte sich entschlossen, 131 Flüchtlinge aufzunehmen, darunter auch eine Gruppe von rund 40 Jungen, die ohne Angehörige die Flucht nach Australien versucht hatten. In Neuseeland wurden die Jungen von der staatlichen Organisation „Child, Youth and Family“ (CYF) betreut. Julia Sutherland von CYF erklärte, bei ihrer Ankunft Ende 2001 seien die Jungen zwischen 14 und 18 Jahren alt gewesen. Inzwischen sprächen alle fließend Englisch und gingen entweder zur Schule oder seien berufstätig. Sie hätten eine hohe Arbeitsmoral und lebten nicht untätig von Sozialhilfe oder der Wohlfahrt. Die Jungen seien sehr familienorientiert und würden sich sehr auf die Ankunft ihrer Familienangehörigen freuen.

Viele Flüchtlinge waren auf das Angebot der australischen Regierung, freiwillig für einen bestimmten Geldbetrag in ihre Heimatländer zurückzukehren, eingegangen. Nun sollen zumindest die engsten Familienangehörigen der 40 Jungen die Möglichkeit zur Einwanderung nach Neuseeland im Rahmen einer „Familienzusammenführung“ bekommen.

Mitarbeiter der Einwanderungsbehörde sollen laut Zeitungsbericht nach Afghanistan und Pakistan fliegen, um Familienange-

hörige zu treffen und die Reise zu planen. Die Gruppe der Angehörigen könnte aus bis zu 300 Personen bestehen, sie wird für Mitte Januar 2004 in Neuseeland erwartet. (*New Zealand Herald 04.10., SMH 04.10., ABC 06.10.03*)

### **Journalist ausgezeichnet**

Der Journalist und Herausgeber der Zeitung „Taimi 'o Tonga“, Kalafi Moala, ist mit dem Pressefreiheitspreis (Media Freedom Award) der „Pacific Islands Media Association“ (PIMA) geehrt worden. Moala und sein Team von Journalisten arbeiten von Auckland aus an der mit zahlreichen Publikationsverboten durch die tonganische Regierung belegten Zeitung „Times of Tonga“ (so der englische Titel). Nach fünf erfolgreichen Klagen gegen das wiederholt ausgesprochene Verbreitungsverbot der Zeitung auf Tonga konnte sich Moala per Entscheid des obersten Gerichtshofes gegen die tonganische Regierung durchsetzen. Die „Taimi 'o Tonga“ erscheint zweimal wöchentlich. (*Pacific Media Watch 07.10.03*, [www.pima.org.nz](http://www.pima.org.nz))

### **Neuer Botschafter auf den Salomonen**

Der neuseeländische Außenminister Phil Goff hat zum 1. Januar 2004 Brian Sanders zum Botschafter für die Salomon-Inseln ernannt. Sanders ersetzt Heather Riddell, die derzeitige Hochkommissarin von Neuseeland in Honiara. Brian Sanders ist zur Zeit im neuseeländischen Außenministerium verantwortlich für die regionale Sicherheit im Großraum Ozeanien. Zuvor war Sanders Botschafter in Washington, Moskau, Ryad und Bangkok. (*Flash d'Océanie 01.10.03*, <http://www.mfat.govt.nz>)

### ***Schafe auf Irrfahrt***

**Australien:** 52.000 australische Schafe haben nach drei Monaten auf hoher See eine neue Heimat in dem nordafrikanischen Land Eritrea gefunden. Später wurden sie dort allerdings geschlachtet. Die Schafe aus Fremantle in der Provinz Western Australia sollten ursprünglich nach Jeddah in Saudi-Arabien exportiert werden. Der Käufer verweigerte jedoch die Annahme der Schafherde mit der Behauptung, rund 6 % der

Herde litte an Maul- und Klauen-  
seuche. Die australische Regierung  
hatte daraufhin die Schafe für 4,5  
Millionen AUS Dollar zurückgekauft  
und bei 57 Staaten angefragt, ob  
sie die Schafe kaufen wollten.  
Während der Verhandlungszeit von  
nahezu drei Monaten lebten die  
Schafe auf dem holländischen  
Frachtschiff „Como Express“. Die  
Zustände auf dem Schiff hatten  
weltweit Proteste von Tierschutzor-  
ganisationen hervorgerufen, rund  
5.500 Schafe starben an Stress  
und Überhitzung. Das an großem  
Hunger leidende Eritrea akzeptierte  
schließlich die Schafherde. Das af-  
rikanische Land erhielt 3.000 Ton-  
nen Futter sowie eine Million AUS  
Dollar für das Ausladen im Hafen  
Massawa und für das Schlachten  
der Schafe von der australischen  
Regierung. Diese hat die Irrfahrt  
der Schafe insgesamt 10 Millionen  
AUS Dollar gekostet. (*Independent UK*  
25.10.03)

### **Mikronesier mit US- Staatsbürgerschaft geehrt**

**USA:** Der Mikronesier Hilario Ber-  
manis ist für seine Verdienste im I-  
rakkrieg mit der amerikanischen  
Staatsbürgerschaft geehrt worden.  
In einer patriotischen Zeremonie  
schwor der 21-jährige Soldat im  
Walter Reed Militärkrankenhaus,  
die „*Verfassung und die Gesetze  
der Vereinigten Staaten von Ameri-  
ka notfalls auch mit Waffengewalt  
zu verteidigen*“. Bermanis diente  
während des Irakkrieges in der 82.  
Airborne Division. Eine Panzerab-  
wehrrakete kostete ihn im Juni  
2003 beide Beine und den linken  
Arm. Sein Überleben gilt als medi-  
zinisches Wunder. Deshalb waren  
zur Vergabe der Staatsbürgerschaft  
hochkarätige Politiker aus  
Bush's Kabinett angereist. Berma-  
nis war nach seiner schweren Ver-  
wundung aus dem Irak ins deut-  
sche Landstuhl zur Erstversorgung  
ausgeflogen worden.

*Hintergrund:* Die Föderierten  
Staaten von Mikronesien sind un-  
abhängig, sie stehen mit Amerika  
in freier Assoziation. Mikronesier

werden in der amerikanischen Ar-  
mee der Einfachheit halber als a-  
merikanische Staatsbürger gelistet.  
Zur Zeit dienen mehr als 5.000  
Ausländer in der US-Armee. Be-  
dingung für den Militärdienst ist ein  
Wohnsitz in Amerika sowie eine  
Arbeitserlaubnis („Green Card“). Im  
vergangenen Jahr erleichterte Prä-  
sident George W. Bush die Erlan-  
gung der Staatsbürgerschaft für  
Armeeangehörige mit einem spe-  
ziellen Erlass: Jeder, der sich aktiv  
am „Krieg gegen den Terrorismus“  
beteiligt, kann nun die amerikani-  
sche Staatsbürgerschaft erwerben.  
(*Washington Post* 18.09.03)

### **Besseres Essen für Touristen**

**Guam:** Nach einer Studie der  
„Guam Hotel and Restaurant Asso-  
ciation“ benötigt Guam zur Steige-  
rung des Tourismus drin-gend typi-  
sches und gutes Essen. Die unter  
Japanern in Tokio durchgeführte  
Studie kam zu dem Ergebnis, dass  
Touristen im Urlaub auch Kultur  
erleben wollten. Schöne Strände,  
die Nähe zu Japan und ein gutes  
Preis-Leistungsverhältnis könnten  
den Mangel an landestypischem  
und gutem Essen nicht ausglei-  
chen. Zur Kultur gehöre eben auch  
gutes Essen.

Die Befragten beklagten sich au-  
ßerdem über den Mangel an Akti-  
vitäten außerhalb von Strand und  
Meer. Die Vereinigung von Hotels  
und Restaurants will der Lange-  
weile der Touristen nun durch Ani-  
mationsprogramme in traditionellen  
pazifischen Techniken (Matten we-  
ben, Holz schnitzen etc.) entge-  
genwirken. Außerdem wolle man  
das Menuangebot in den Restau-  
rants erweitern und Kellner gezielt  
schulen. Hotelangestellte sollen  
demnächst in einem Workshop in  
Kooperation mit der Tourismusbe-

hörde auf Guam lernen, welche  
Nahrungsmittel „typisch“ für Guam  
sind, um dies dann an Gäste wei-  
terzugeben und sie bei der Zu-  
sammenstellung ihres Menüs kom-  
petent zu beraten. Touristen  
müssten mit dem Gefühl nach  
Hause fahren, sie hätten das Ein-  
zigartige und Typische an Guams  
Kultur „am eigenen Leib“ erfahren.  
(*Guam Pacific Daily News* 16.10.03)

### **Erster Dokortitel für Geburtshilfe**

**Australien:** Die außerordentliche  
Professorin Sally Tracy hat auf ei-  
ner Abschlussfeier der „University  
of Technology“ (UTS) in Sydney  
den weltweit ersten Dokortitel für  
Geburtshilfe verliehen bekommen.  
Der Titel ihrer Doktorarbeit lautete:  
„Counting Maternity: The Measure  
of Midwifery in Australia, 2002.“

Professor Tracy, die vor kurzem  
den gemeinsamen Ruf von der  
UTS Faculty of Nursing, Midwifery  
and Health und von Northern Syd-  
ney Health annahm, sieht sich  
selbst als Hebamme der Hebam-  
men von fünf Entbindungszentren  
im Großraum Sydney. Dort leitet  
sie die Entwicklung und Umsetzung  
neuer Modelle zur Entbindungs-  
betreuung und hat sich das Ziel  
gesetzt, ihre Forschung eng mit der  
Praxis dieser Zentren zu verknüp-  
fen. Ein Aspekt ihrer praktischen  
Arbeit wird es sein, engere Verbin-  
dungen zwischen all jenen zu för-  
dern, die in den Prozess der Mut-  
terschaftsbetreuung eingebunden  
sind und Netzwerke von Experten  
mit verschiedenen Spezialgebieten  
aufzubauen. Tracy ist gegenwärtig  
auch an der Entwicklung eines  
neuen „Bachelor of Midwifery“-  
Studienganges an der University of  
Technology in Sydney beteiligt.  
(*Pressemitteilung Institut Ranke-Heinemann*  
[http://www.wissenschaft-  
australien.de/australien000082.html](http://www.wissenschaft-australien.de/australien000082.html))